Herausgegeben von AK und ÖGB AUSGABE 03/2022, 76. Jahrgang € 2,50 **www.arbeit-wirtschaft.at**

Arbeit&Wirtschaft

Preisfrage

Wir alle spüren es: Das Leben wird teurer. Vor allem die Energiekosten überschlagen sich. Dabei sind eh schon viel zu viele von Armut betroffen. Wie soll das weitergehen?

Dem Energiemarkt ausgeliefert / 18
Betroffene erzählen vom Frieren-müssen und teuren Rechnungen

Inflationsschock, und dann? / 40
Im Gespräch mit Momentum-Ökonomen Oliver Picek

#3

ANJA MELZER CHEFIN VOM DIENST
THOMAS JARMER ART DIRECTOR & LAYOUT
MARKUS ZAHRADNIK FOTOS
MIRIAM MONE ILLUSTRATIONEN
WOLFGANG DORNINGER LEKTORAT
SONJA ADLER SEKRETARIAT

Mitarbeiter:innen dieser Ausgabe
Sonja Adler, Renate Anderl, Christian Bunke, Adi Buxbaum, Christian Domke Seidel, Wolfgang Dorninger, Johannes Greß, Thomas Jarmer, Markus Marterbauer, Anja Melzer, Robert Misik, Miriam Mone, Brigitte Pellar, Alexandra Rotter, Stephan Schulmeister, Nikolai Soukup, Irene Steindl, Christina Weichselbaumer, Alexia Weiss, Markus Zahradnik

Redaktion Arbeit&Wirtschaft
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: (01) 534 44-39263, Fax: (01) 534 44-100222
redaktion@arbeit-wirtschaft.at

Redaktionskomitee
www.arbeit-wirtschaft.at/impressum

Herausgeber
Bundesarbeitskammer
1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22 und
Österreichischer Gewerkschaftsbund
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber
Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1
Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793
zeitschriften@oegbverlag.at
www.oegbverlag.at

Hersteller
Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG
7201 Neudörfl, Bickfordstraße 21
Verlagsort Wien
Herstellungsort Neudörfl

Abonnementverwaltung und Adressänderung
Johannes Bagga, Daniel Kern
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: (01) 662 32 96-0, aboservice@oegbverlag.at
Einzelnummer: € 2,50 (inkl. Mwst.)
Jahresabonnement Inland € 20,– (inkl. Mwst.)
Ausland zuzüglich € 12,– Porto
für Lehrlinge, Student*innen und Pensionist*innen ermäßigtes Jahresabonnement € 10,– (inkl. Mwst.)

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25
www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung
ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655
ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493, ISSN (Blog) 2519-5492
Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft" wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede Autor*in trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter*innen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

Hinter den Kulissen

Seit einigen Ausgaben lässt uns unser Fotograf **Markus Zahradnik** an seiner Island-Reise teilhaben. Dieses Mal erscheint das letzte Stück, das er uns mitgebracht hat. In seiner Reportage **ab S. 42** führt er uns ins Innere einer Fischfabrik – denn dort drin lauert eine spannende Story!

Als der Termin zum Interview mit Volkshilfe-Direktor Erich Fenninger vereinbart wurde, ahnten wir nicht, dass nur wenige Tage später der Krieg ausbrechen sollte. Bevor Fenninger persönlich im Hilfskonvoi in die Ukraine aufbrach, sprach er noch mit unserer Autorin **Alexia Weiss. Ab S. 30** und als Podcast!

Harte Zeiten und ein Abschied

ANJA MELZER
CHEFIN VOM DIENST

Wer hätte ahnen können, wie aktuell der Inhalt dieser Ausgabe werden sollte? Als wir mitten an den Planungen für dieses Heft saßen, erreichte uns die Nachricht vom Einmarsch Putins in die Ukraine. Es verfolgen uns seitdem grausame Bilder, Meldungen über internationale Sanktionsmaßnahmen und unwürdige Diskussionen. Und es kommen auch in Österreich tagtäglich geflüchtete Familien aus zerbombten ukrainischen Städten an. Das menschliche Leid ist schwer zu ertragen. Daneben löst der Krieg Kettenreaktionen aus, die – und das zeigt sich aktuell wie selten zuvor in den vergangenen Jahrzehnten – noch viel mehr Menschen zwar nicht das Leben nehmen, aber doch zumindest sehr schwer machen. Die Preise für Energie und Sprit rauschen nach oben, Lebensmittelpreise und Mieten steigen schmerzhaft. Von allen Seiten erreichen uns Warnungen, dass sich das Ganze zu einer massiven Pandemie der Armut auswachsen könnte. Schon jetzt gilt jedes fünfte Kind hierzulande als arm, sagt Volkshilfe-Direktor Erich Fenninger im Interview mit Alexia Weiss. Irene Steindl hat sich angesehen, wer von den jetzigen Entwicklungen besonders schlimm betroffen ist. Und wie fühlt es sich eigentlich an, kalt duschen oder möglichst oft der klirrend kalten Wohnung entfliehen zu müssen, um ja nicht zu heizen? Christian Bunke hat Betroffenen zugehört. Und das ist nur ein Vorgeschmack auf viele wichtige Geschichten. Mein Tipp: Beginnen Sie mit dem Epos zur großen Schieflage von Robert Misik. Dass auch die Corona-Krise noch immer unter uns schwelt, sehen wir nicht nur an fünfstelligen Infektionszahlen jeden Tag, wir haben es in letzter Zeit auch in unserer Redaktion zu spüren bekommen. (Ich hoffe, ich selbst habe die Quarantäne, in welcher ich diese Zeilen gerade verfasse, bei Erscheinen dieser Ausgabe wieder verlassen.)

Apropos verlassen: Liebe Leser:innen und Abonnent:innen, ich darf mich an dieser Stelle von Ihnen verabschieden und das Zepter weiterreichen. Dies ist meine letzte Nummer. Es waren zwei besondere Jahre, in denen ich das Heft als Chefin vom Dienst begleiten und gemeinsam weiterentwickeln durfte. Ich möchte meinem Team von ganzem Herzen für die großartige und wertschätzende Zusammenarbeit danken, und besonders natürlich Ihnen. Ich hoffe, Sie bleiben der Arbeit&Wirtschaft auch weiterhin gewogen. Alles Gute! Es war mir eine Ehre. ◗

Inhalt

DIE GROSSE SCHIEFLAGE

06 Eine Krise wird von der nächsten überschattet: COVID, Klima, jetzt auch noch Krieg in der Ukraine. Heiz-, Lebensmittel- und Mietkosten gehen durch die Decke. Wo stehen wir eigentlich? Und wo geht's hin? Robert Misik hat sich in seiner Coverstory für diese Ausgabe die harte Realität vorgeknöpft.

PANDEMIE DER ARMUT

26 Nicht nur das Corona-Virus grassiert noch immer in der Gesellschaft mit teils absurd hohen Infektionsraten – auch die Armut greift weiter um sich. Dabei gäbe es so wirksame Gegenmittel. Unsere Autorin Irene Steindl hat herausgearbeitet, welche vulnerablen Gruppen schon wieder hart getroffen werden.

ALLES FÜR DIE FISCH'

42 Wenn unser Fotograf Markus Zahradnik die Welt bereist, kehrt er immer mit wertvollen Souvenirs zurück – so wie mit dieser Reportage vom schmuckvoll klingenden Ort Heimaey im Süden Islands. Treten Sie ein in eine Fischfabrik und machen Sie sich selbst ein Bild von den Menschen und ihrer Arbeit.

Mehr als ein Gutschein 12
Ein Blick in Länder, in denen alles gerade an Wert verliert

Was kann Österreich jetzt gegen die steigenden Preise tun? 15
Die „große Frage" beantwortet von Stephan Schulmeister

Inflation, Gewinne und Löhne 16
Alles einmal einfach erklärt

Dem Energiemarkt ausgeliefert 18
Eine Reportage mit Betroffenen von Energiearmut

Geht nicht, gibt's doch 22
Über das Ausmaß gestörter Lieferketten

Der Vergleich macht Sie sicher 24
Lebensmittel-Warenkörbe auf der Zeitleiste

Armut muss nicht sein 30
Volkshilfe-Direktor Erich Fenninger im großen Interview

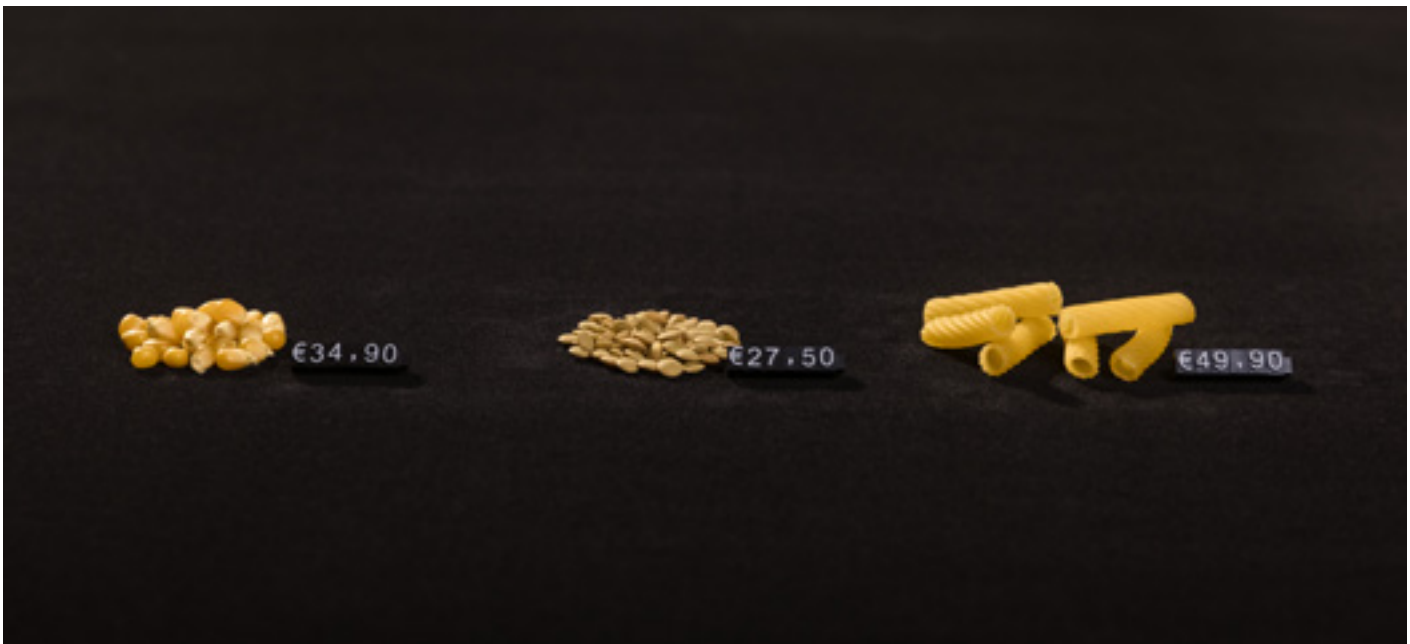
Inflation plus X 34
Warum jetzt auch die Löhne steigen müssen

Den Sozialstaat 2022 progressiv weiterentwickeln 37
Ein Beitrag auf dem A&W-Blog

Der Index und der Reallohn 38
Ein Blick zurück in die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg

Inflationsschock, und dann? 40
Gespräch mit Momentum-Ökonomen Oliver Picek zu Preisspiralen

Leere Worte und noch mehr Gipfel 46
Das letzte Wort hat dieses Mal Renate Anderl



IHRE MEINUNG ist uns WICHTIG!

Große Leser:innenbefragung 2022

Jetzt vormerken!
30.5. – 12.6.2022

Unsere Räder stehen nicht still. Gemeinsam mit dem IFES (Institut für empirische Sozialforschung) führen wir eine große Online-Leser:innenbefragung durch. Mit der nächsten Printausgabe erhalten Sie einen Link und QR-Code zugesandt. Natürlich informieren wir parallel über unsere digitalen Kanäle über den Start der Befragung.

Wir freuen uns auf all Ihre Anregungen, Wertschätzung und Kritik, um die Arbeit&Wirtschaft gemeinsam weiterzuentwickeln.

www.arbeit-wirtschaft.at/newsletter

/AundWMagazin
www.arbeit-wirtschaft.at

Die große Schieflage

Die Gas- und Strompreise gehen durch die Decke, die Mieten ebenfalls. Auch die Lebensmittel werden teurer. Findige Konzerne und Spekulanten verdienen sich eine goldene Nase. Und jetzt auch noch der Krieg. Droht die große Verarmung? Und was kann man dagegen tun?

TEXT ROBERT MISIK

Es gibt eine lustige Anekdote über ein Interview, das der „Spiegel“ mit dem legendären Philosophen Theodor W. Adorno führte. „Herr Professor“, hob der Fragensteller an, „vor zwei Wochen erschien die Welt noch in Ordnung.“ Nüchterne Antwort des großen Geistes: „Mir nicht.“

Diese Geschichte passt gut in unsere Lage. Die Pandemie hatte ihre Verheerungen hinterlassen, viele Branchen ächzten, und die Wohlhabenden sind dank ihrer starken Lobbys besser durch die Krise gekommen als Geringverdiener:innen, Saisonarbeiter:innen, Menschen in prekären Jobs oder Erwerbsarbeitslose.

Die Reichen hatten ihre Vermögen noch einmal unerhört vergrößert, während normale Menschen unter steigenden Preisen oder rasant wachsenden Wohnkosten stöhnten. Frauen hatte es noch einmal besonders getroffen, weil sie – durchschnittlich gesehen – häufiger aus dem Erwerbsleben herausgefallen waren als Männer und zudem zusätzliche Aufgaben im Homeschooling oder der Betreuungsarbeit leisteten.

Und dennoch schien die Welt „irgendwie“ in Ordnung, zumindest vergleichsweise: Trotz der Pandemie hatte sich der Arbeitsmarkt schnell erholt, die Arbeitslosigkeit war relativ niedrig, und für den Sommer wurde schon ein Rückgang der Arbeitslosigkeit auf Werte von rund 300.000 erwartet. Die große Pleitewelle war ausgeblieben. Allein die Teuerung von vier Prozent machte einige Sorgen. Selbst Gewerkschafter:innen und linke Ökonom:innen konnte man im lockeren Gespräch in gelöster Stimmung erleben. „Wir sind jetzt in einer Lage, in der auch die Löhne und Gehälter deutlich nach oben gehen werden, da es überall an Fachkräften mangelt“, war zu hören.

Und dann kam der 24. Februar, der die gesamte Existenz verdüsterte. Der Überfall der Putin-Armeen auf die Ukraine zerstörte nicht nur die labile Friedensordnung in Europa. Er hat Folgen, die noch gar nicht abzuschätzen sind – von der Gasversorgung über zerrissene Lieferketten, von den harten Russland-Sanktionen bis zur Zerstörung von Ernten und Lebensmitteln.

Kommt die dicke COVID-19-Rechnung erst?

Dabei war die Lage vorher auch nicht gar so rosig, sagt Jens Südekum, einer der führenden Wirtschaftsforscher Deutschlands. Der Professor an der Universität Düsseldorf sitzt im offiziellen Beratergremium des deutschen Wirtschaftsministeriums, und inoffiziell findet er auch von Kanzler Olaf Scholz abwärts stets ein offenes Ohr. Die „Frankfurter Allgemeine“ hat ihn einmal den „Ökonom der Mächtigen“ genannt, was für einen eher progressiven Wirtschaftsforscher ein seltenes Attribut ist. Nachdrücklich hatte er bei einer Anhörung vor dem deutschen Bundestag vor „so etwas wie einem ökonomischen Long COVID“ gewarnt. Südekum: „Die Investitionstätigkeit hat durch die Krise am stärksten gelitten, was lange nachwirken wird.“

Grund für Südekums sorgenvolle Diagnose schon vor der Verschärfung durch die geopolitische Krise: Die Unternehmen hielten sich in den zwei COVID-19-Krisenjahren mit Investitionen zurück, trotz der staatlichen Hilfsgelder. Mit denen kamen manche gerade so über die Runden, andere verdienten sich eine goldene Nase. Aber die Investitionen gingen zurück, was in Situationen wirtschaftlicher Unsicherheit ganz selbstverständlich ist. Wer weitet schon die Produktionskapazitäten aus, wenn unklar ist, was in fünf Monaten sein wird? Normalerweise investieren Unternehmen, weil sie sich künftige Renditen erwarten. Auch die Länder und Kommunen haben sehr viel Geld für die COVID-Maßnahmen ausgegeben. All das hat Folgen: Produktionsanlagen werden langsamer modernisiert, als das sonst der Fall wäre. Zusätzliche Arbeitsplätze, die ansonsten geschaffen worden wären, werden nicht geschaffen. Das führt zu weniger neuen Jobs, als ohne diese „Investitionslücke“ (Südekum) geschaffen worden wären. Südekums Botschaft: Der Staat müsse kraftvoll investieren und dürfe ja nicht den Fehler machen, die Budgets schnell sanieren zu wollen.

In Europa lässt sich die Inflation aus dem Preisanstieg bei einer Gütergruppe erklären: aus den Energiepreisen.

Denn die Pandemie könnte noch eine verspätete Rechnung stellen: in Form einer Stagnation oder zumindest eines schwächelnden Wachstums.

Wenn plötzlich alles teurer wird

Erstmals seit Langem machen steile Kostenanstiege – gemeinhin unter dem Namen „Inflation“ debattiert – echte Sorgen. Denn entgegen allgemeiner Auffassung hatten wir in den vergangenen Jahren mit Preisanstiegen eher geringe Probleme. Die Teuerung lag durchschnittlich unter zwei Prozent. Wirklich zu schaffen machte Familien und Haushalten der Mietanstieg bei Neuverträgen. Klar, auch Ausgaben für den täglichen Gebrauch, etwa der Großeinkauf im Supermarkt, wurden teurer – aber der Preisanstieg war flacher als in vielen früheren Epochen. Das Problem waren eher nicht steigende Preise, das Problem waren für viele stagnierende Einkommen.

Doch plötzlich ist das wieder anders. Schon in den ersten Monaten des Jahres betrug der Preisanstieg rund fünf Prozent. Bei uns in Europa lässt sich die Inflation aus dem Preisanstieg bei einer Gütergruppe erklären: aus den Energiepreisen. Und die werden zu einem erheblichen Teil „politisch“ gemacht. Deshalb spricht Südekum beispielsweise von der „Putin-Inflation“. Die Preise für Gas

Christian Kern, Ex-Bundeskanzler, Ex-ÖBB-Chef und Ex-Aufsichtsratsmitglied der russischen Staatsbahn, hat vor allem sein halbes Berufsleben im Energiegeschäft verbracht und warnt vor Kettenreaktionen durch die galoppierenden Öl-, Strom- und Gaspreise.

versechsfachten sich schon seit dem Herbst – und verdoppelten sich nach dem Überfall auf die Ukraine noch einmal. Deswegen ist sogar fraglich, ob all das viel mit klassischer „Inflation" zu tun hat. Fachleute sprechen bei Preisauftrieben dieser Art lieber von „außerökonomischen Schocks".

Inflation – was ist das überhaupt?

Denn mit dem, was in Ökonomielehrbüchern über Inflation zu erfahren ist, hat die gegenwärtige Situation eher wenig zu tun. Klassischerweise entsteht Inflation dann, wenn die Wirtschaft aufgrund von Hochkonjunktur heiß läuft. Unternehmen investieren wie wild. Sie nehmen Kredite auf, erweitern ihre Maschinenparks, schaffen neue Stellen. Es gibt annähernd Vollbeschäftigung. Die Arbeitnehmer:innen können dann auch höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Sowohl die Preise als auch die Löhne steigen. Wenn die Preise zu sehr aus dem Ruder laufen, habe es dann irgendwann einmal negative ökonomische Folgen, so die Lehrbuch-Doktrin, da Unternehmen ihre künftigen Kosten nicht einmal mehr annähernd kalkulieren können und alles durcheinandergerät. In einer solchen Situation sollten Notenbanken die Leitzinsen erhöhen, was Kredite verteuert, manche Investitionen unrentabel macht (und damit verhindert), also auch die Konjunktur abwürgt. Mit diesem Zinshebel steigen die Notenbanken quasi auf die Bremse. Aber mit dieser klassischen Inflation hat unsere Teuerungswelle nichts zu tun. Weder gibt es überhitzte Investitionen noch Vollbeschäftigung und auch keine Lohnabschlüsse von fünf, sechs oder gar sieben Prozent. Alles, was es gibt, sind steigende Energiepreise – und auf die hat die Zinspolitik der Notenbanken (bei uns: der Europäischen Zentralbank) null Auswirkungen. Würde man die Zinsen erhöhen, gäbe es mehr Arbeitslosigkeit, aber dennoch höhere Preise. Am Zinsrad zu drehen wäre also eher weniger schlau.

Was also tun? Über diese Frage ist in der westlichen Ökonom:innenzunft, in Europa und den USA, in den letzten Monaten ein hart ausgetragener Kampf ausgebrochen, der geradezu in verbale Raufereien ausgeartet ist. Im Zentrum dieser Debatte steht die 34-jährige, in Nürnberg geborene und in Massachusetts lehrende deutsche Ökonomin Isabella Weber, die die alten Herren ihres Fachs ordentlich in Aufregung versetzte, als sie im „Guardian" die Geschichte selektiver Preiskontrollen als Instrument der Inflationsbekämpfung in Erinnerung rief. Ich erreiche sie telefonisch frühmorgens in Massachusetts. „Geradezu panisch", wäre die Reaktion auf ihre Vorschläge gewesen, erzählt sie, obwohl die „sehr vorsichtig waren. Weder habe ich flächendeckende Preiskontrollen vorgeschlagen, schon gar keine Planwirtschaft. Sondern selektive Preiskontrollen zur Diskussion vorgeschlagen, die in der Geschichte immer wieder in Krisensituationen eingesetzt wurden." In den Augen vieler Ökonom:innen hat Weber die heilige Kuh des Marktliberalismus

Gesunkene Einkommen in zwei Jahren Pandemie

Quelle: Oxfam 2022

infrage gestellt, nämlich die freie Preisfindung auf freien Märkten. Derweil haben ihre Ideen schnell recht viele Anhänger gewonnen. Webers Argumente: Aufgrund der Pandemie sind Lieferengpässe entstanden und Lieferketten zerrissen, und damit ist ein Gütermangel entstanden, der sich auf Märkten nicht so einfach beheben lasse. Dazu gibt es mehr und mehr Hinweise, dass ganze Branchen die Gunst der Stunde nützen, um höhere Profite zu machen. Viele Konzerne haben „nicht einfach nur erhöhte Kosten weitergegeben", so Weber, sondern die Gelegenheit genützt, „um ihre Margen zu erhöhen". Das Problem ist, dass in die Höhe schnellende Preise die Barrieren für das Angebot, wie zum Beispiel Stau an Häfen oder Krieg, nicht aus der Welt schaffen, und das betrifft auch die Gaspreise, die durch den Schock der russischen Invasion nun „explodieren". Zuletzt hat Weber in einem vielbeachteten Text gemeinsam mit dem Chef des „Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung", Sebastian Dullien, einen „Gaspreisdeckel" für den Grundverbrauch von Haushalten gefordert. Das würde nicht nur die Haushalte schützen, sondern wäre überdies auch ein Weg, die Inflation zu bekämpfen: „Inflation kann im Frühstadium am besten bekämpft werden." Lasse man den Preisauftrieb etwa bei Transportkosten und Energie zu, dann werden viele Unternehmen ihre Preise nach oben anpassen – teilweise auch über den Wert, der sich aus diesen Kostensteigerungen ergibt. Nicht nur, um ihre Profite zu erhöhen, sondern auch „quasi als Vorsorge, weil sie weitere Kostensteigerungen erwarten. Wenn das andere Unternehmen sehen, erhöhen sie gleich auch." Dann kommt es zu Erwartungsanpassungen. Wenn diese Spirale sich einmal dreht, ist sie nur mehr schwer zu stoppen.

Ohnehin seien selektive Preisregulierungen kein planwirtschaftliches Teufelszeug, laut amtlichen Daten sind in der EU 13 Prozent der Preise staatlich administrierte Preie, in der Schweiz gar 30 Prozent. Auch in der Nachkriegsgeschichte haben sie als Instrument gute Dienste geleistet, ganz generell sind etwa Wettbewerbsbehörden damit beschäftigt, überzogene Preiserhöhungen oder gar Preisabsprachen von großen Konzernen zu unterbinden.

Panik auf den Kommandobrücken

Mit den Aussichten auf einen neuen „Kalten Krieg" – und dem Rückfall Russlands in Isolation und Despotie – ist nicht nur die Unsicherheit gewachsen, sondern sofort ein Chaos entstanden, das die Wirtschaft nach der Pandemie noch einmal mit Wucht trifft. Schon in den ersten Wochen der Krise überschlugen sich die Hiobsmeldungen. Die Energieversorgung: unsicher. Rund 80 Prozent des heimischen Gasverbrauchs kommt aus Russland, die deutsche Wirtschaft – für Österreich besonders wichtig – steht nicht viel besser da. Wichtige Industrie- und Rohmaterialien, von Nickel bis Palladium, kommen aus Russland. Autozulieferer aus der Ukraine fallen aus, sodass hierzulande Fabriken schon ihre Produktion ein-

„Aus soziologischen Untersuchungen wissen wir genau, dass die Zahl derer gewachsen ist, die subjektiv sagen, dass sie wachsenden ökonomischen Druck verspüren", sagt AK-Expertin Julia Hofmann.

stellen mussten, wie etwa BMW und das erst jüngst vom Austro-Oligarchen Sigi Wolf übernommene MAN-Werk in Steyr. Bleibt es im nächsten Winter gar kalt in den Wohnungen? Die Energiepreise gehen durch die Decke, sodass einzelne Industrieunternehmen ihre Produktion aussetzen, weil sich nicht mehr kostendeckend produzieren lässt. In Ländern wie Ägypten, im Libanon, im Globalen Süden, drohen Hungersnöte oder wenigstens Lebensmittelknappheiten, wenn der Weizen aus der Ukraine ausfällt. Bei uns werden einige Lebensmittel empfindlich teurer werden. Und währenddessen verdienen sich Kriegsgewinnler eine goldene Nase. Droht eine neue Rezession? Ist Panik angebracht? Fragen wir jemanden, der das gut einschätzen kann.

Paradies für Energiespekulanten

Christian Kern ist nicht nur Ex-Bundeskanzler, Ex-ÖBB-Chef und Ex-Aufsichtsratsmitglied der russischen Staatsbahn, er hat vor allem sein halbes Berufsleben im Energiegeschäft verbracht. Seine unternehmerische Laufbahn begann er schließlich im Verbund, der heimischen Energieholding, wo er bis in den Vorstand aufstieg. Nach seinem Intermezzo als Kanzler und SPÖ-Chef kehrte er ins Energiegeschäft zurück, investiert in erneuerbare Energien, ist aber auch an Industrieunternehmen beteiligt. Wenn er frühmorgens aufwacht, schaut sich Christian Kern zuerst die Charts mit den aktuellen Gas-, Öl- und Strompreisen an. In fröhliche Morgenstimmung bringt ihn das selten. „Das geht tiefer als die COVID-Krise", sagt er. Und: „Es wird ein Schutzschirm nötig sein." Der Preis für Gas und Strom ist zwischenzeitlich auf das 10- bis 12-Fache geklettert. Das betrifft die Haushalte unterschiedlich – je nachdem, welche Energieversorger und Tarife sie haben. Für einen durchschnittlichen kleinen Haushalt, der bisher 130 Euro monatlich für Energie zahlte, kann sich das verdoppeln. Und das macht im Jahr schon einmal bis zu 1.700 Euro zusätzliche Kosten. Aber auch für viele Unternehmen ist das drastisch. Im energieintensiven Gewerbe hat sich „die Kostenbasis der Unternehmen verdoppelt. Da kannst du die Tage zählen, bis du in vielen Unternehmen die Produktion einstellen musst." Das hat dann nicht nur Auswirkungen auf die unmittelbar Beschäftigten, „da hängt in vielen Regionen vom Bäcker bis zum Fliesenleger jeder dran". Aber es betrifft quasi alle Bereiche. Jede Ware wird teurer. „Die Treibstoffpreise verteuern die Transportkosten, das verteuert jedes T-Shirt. Es verteuert die Lebensmittel. Die Düngemittelpreise sind um 300 Prozent gestiegen. Das führt zu höheren Preisen, aber auch zu schlechteren Ernten, wenn die Bauern beim Dünger sparen müssen." Eine Kettenreaktion, wenn man nichts unternimmt.

Goldene Nasen

Dabei sind die explodierenden Welthandelspreise durch die Verunsicherung und die knappen Lager kaum zu erklären. „Die Spekulation ist sicher für gut die Hälfte des Preisanstieges verantwortlich." Die Preisbildung am Energiemarkt ist eine komplexe Sache, eine Welt von „Hunderten Produkten und auch von Finanzprodukten, die den Preis beeinflussen". Und den Strompreis bestimmt das teuerste Kraftwerk. Wer Wasserkraftwerke betreibt oder Windkraftwerke, kassiert die höheren Strompreise, ohne höhere Kosten zu haben. Betreiber von Raffinerien, Unternehmen mit Gasspeicher, Stromversorger verdienen sich eine goldene Nase, „auch staatliche Konzerne streichen Windfall-Profite ein". Damit der Strompreis nicht einfach automatisch mit dem Gaspreis steigt, müsste die gesamte Preisbildung am Energiemarkt verändert werden – was aber kein großes Problem wäre.

Viele Vorschläge und kurzfristige Lösungen schwirren herum. In Deutschland sorgte der Finanzminister mit der Idee für Aufsehen, allen Autofahrer:innen einen „Tankzuschuss" zu gewähren. Besonders schlau ist die Idee nicht, denn die Mineralölkonzerne betreiben gerade Gewinnmaximierung – ihnen das aus dem Staatssäckel zu bezahlen, wäre die nächste Umverteilung von den normalen Leuten zu den Superreichen. Gewiss benötigen auch viele Arbeitnehmer:innen ihr Auto – etwa für den Weg in die Firma, wenn Öffis keine Alternative sind –, aber generell gilt schon auch: Je weniger Einkommen die Menschen haben, desto seltener haben sie ein Auto. Und je höher das Einkommen, desto mehr Autos hat ein Haushalt. Benzinsubventionierung oder auch nur Senkung von Mineralöl- oder Mehrwertsteuer wäre daher ebenfalls eine Umverteilung von unten nach oben. Nimmt man die Konzerne an die Kandare, indem man die Preise kontrolliert, ist das sicher klüger, als

Ausgleichszahlungen an Haushalte zu überweisen, die dann damit die Extraprofite der Unternehmen finanzieren. Zugleich brauchen Familien und auch Firmen (für die die Energiepreise explodierende Kosten bedeuten) schnell und möglichst sofort Hilfe. Nicht alles, was gut klingt („Teuerungsausgleich", „Steuersenkung"), erweist sich bei genauerem Nachdenken als der Weisheit klügster Schluss. Zielgenauere Lösungen brauchen dafür länger und funktionieren wiederum schlecht – wenn jeder und jede beim Gaswerk die Steuererklärung oder die Lohnzettel der vergangenen Monate vorlegen muss, wird die dortige Buchhaltung schnell kollabieren.

Schreckgespenst „Stagflation"

Im schlimmsten Fall kann der jetzige Wirtschaftsschock zu rasant steigenden Preisen und einer Rezession oder Stagnation führen – das berühmte Schreckgespenst der „Stagflation". Und die Gefahr ist groß, dass nicht alle gleichmäßig leiden. Am härtesten würden wieder die Bezieher:innen niedriger oder normaler Einkommen getroffen. Die Reichen können ihre Einkommen stabilisieren, und ihre Vermögen wachsen weiter. Schon in der Pandemie ging die Schere der Ungerechtigkeit weiter auf.

Im ersten Corona-Jahr sind trotz vieler Betriebsschließungen die Unternehmens- und Gewinneinkommen um rund 2,5 Milliarden Euro gestiegen, die Arbeitnehmer:inneneinkommen um einen ähnlichen Betrag gesunken – etwa durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit oder den Ausfall von Überstunden. Global haben die zehn reichsten Menschen ihr Vermögen noch einmal verdoppelt, ergab eine Studie der NGO Oxfam. Für die Milliardär:innen war die Pandemie ein „Goldrausch", so die Organisation, während 163 Millionen Menschen mehr weltweit unter die Marke von 5,50 Dollar verfügbares Einkommen pro Tag rutschten. 13 Millionen Frauen weniger sind erwerbstätig als vor der Pandemie. Auch die Weltbank beklagte, die Aufholjagd der ärmeren Länder sei zum Stillstand gekommen. Und auch bei uns haben Menschen mit niedrigem Einkommen verloren. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist zeitweise auf den Rekordwert von 140.000 gestiegen. Wer länger als ein Jahr arbeitslos ist, kommt schwer ins Berufsleben zurück und muss sich, wenn doch, mit schlechteren und unsichereren Jobs begnügen.

Die große Schieflage

„Die Ungleichheit hat sich auf der unteren Seite der Pyramide ganz sicherlich verschärft", sagt Julia Hofmann, Forscherin in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Arbeiterkammer. Soll heißen: Bei den Armen und Niedrigeinkommensbezieher:innen wuchs die Bedrängnis, während an der Spitze die Vermögenden noch zulegten. Das reichste Prozent verfügt laut Nationalbank über rund 50 Prozent aller Vermögen. Da die Mühlen der Statistik langsam mahlen, kann man die Dynamik der vergangenen Jahre nur erahnen, sagt Julia Hofmann, „aber aus soziologischen Untersuchungen wissen wir genau, dass die Zahl derer gewachsen ist, die subjektiv sagen, dass sie wachsenden ökonomischen Druck verspüren".

Kein Wunder: Bei stagnierenden Einkommen führen steigende Kosten dazu, dass die Menschen nicht mehr wissen, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen. Statt einer Lohn-Preis-Spirale beginnt sich eine Gewinn-Preis-Spirale zu drehen oder, wie man auch sagen könnte, eine Preis-Preis-Spirale: Die Energiepreise steigen, deshalb steigt die Inflation, und weil beispielsweise die Erhöhung der Bestandsmieten an die Inflation angepasst ist, steigen dann auch diese in einem bisher nicht gekannten Ausmaß. Und das, obwohl Vermieter:innen und Immobilienhaie gar keine wachsenden Kosten haben. Sie sacken nur Extra-Gewinne ein.

Statt einer Lohn-Preis-Spirale beginnt sich eine Gewinn-Preis-Spirale zu drehen.

Staatlicher Preisdeckel?

Eine Situation, in der über staatliche Preisregulierungen und Preisdeckel für wichtige Produkte jedenfalls ernsthaft nachgedacht werden sollte. Gerade in Kriegszeiten, in denen wichtige Güter knapp werden, gehen die Preise leicht durch die Decke – zugleich raufen sich Verbraucher:innen und die Unternehmen (und die Unternehmen untereinander) um die Ressourcen. Im Ersten Weltkrieg wurde der AEG-Gründer und später ermordete deutsche Außenminister Walther Rathenau berühmt, weil er die Preisbildung und die Rohstoffverteilung auf planmäßige Füße gestellt hatte. In den vierziger Jahren wiederum brillierte der damals blutjunge Ökonom John Kenneth Galbraith – ein Berater des legendären US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt – als Preiskommissar der amerikanischen Regierung. Um die Inflation zu begrenzen, legte Galbraith für viele Güter Höchstpreise fest. Man nannte ihn den „Preiszaren" der USA, und der linke Ökonom war der meistbeschimpfte Mann im Land, da die Unternehmer seine Behörde dafür hassten, dass er ihre Extraprofite verhinderte. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg wurden viele der Preiskontrollen erst langsam aufgegeben – und zeitweise auch, wenn nötig, wieder reaktiviert.

Es war eine Erfolgsgeschichte, und Galbraith schrieb später, dass die Theorie vollkommener Märkte zwar eine schöne Theorie ist, aber mit der Wirklichkeit nicht viel zu tun hat. Denn mächtige Konzerne treiben die Preise hoch, wenn sie können – und man sie nicht daran hindert. ◗

Mehr als ein Gutschein

Weltweit steigen die Inflationsraten stark an. Doch während in Österreich Maßnahmen zögerlich angedacht werden, um die Folgen der massiven Preiserhöhungen abzufedern, haben andere Länder schon mit entschiedeneren Schritten reagiert.

TEXT ALEXANDRA ROTTER

Das deutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" titelte im Februar: „Die kalte Enteignung", und die „Bild"-Zeitung schrieb vom „Teuer-Schock". Der Verbraucherpreisindex stieg in Deutschland von 1,3 Prozent im Februar 2021 kontinuierlich auf etwa 7 Prozent im März 2022 an, jeweils im Vergleich zum Vorjahresmonat. Ähnlich verlief im selben Zeitraum der Anstieg in Österreich: von 1,2 Prozent auf etwa 7 Prozent. Aber nicht nur auf Deutschland und Österreich kommt nach zwei Jahren Corona-Pandemie eine neue Herausforderung zu: Die hohe Inflation trifft die ganze Welt. In den USA lag sie im Februar bei 7,9 Prozent und ist damit so hoch wie seit 40 Jahren nicht.

Die durch die Pandemie entstandenen Lieferprobleme in vielen Branchen ließen die Preise steigen, da die Nachfrage höher als das Angebot war. Für 2022 rechneten die meisten Ökonom:innen mit einem Rückgang der Inflation, doch er ist nicht eingetreten. Neuerdings wird der Teuerungstrend vom Krieg in der Ukraine angetrieben, der sich vor allem auf die Energiepreise auswirkt. Und da praktisch alle Menschen Energie fürs Heizen, Kühlen, Kochen, für Elektrogeräte und Mobilität brauchen, wirken sich steigende Energiepreise auch auf alle Haushalte aus. Hinzu kommt, dass mehr oder weniger alle Produkte inklusive Lebensmittel teurer werden, weil sie – oft über weite Strecken – transportiert werden.

© Ariana Cubillos / AP / picturedesk.com

„Das Wichtigste ist, dass wir jetzt schauen, dass sich Leute, die ein normales Einkommen haben, noch ihr Leben leisten können.“

Patrick Mokre, Abteilung Wirtschaftswissenschaften und Statistik in der AK Wien

Am stärksten treffen die Preissteigerungen geringverdienende Haushalte, die sich schlimmstenfalls Heizen und Lebensmittel nicht mehr leisten können. Aber auch Unternehmen sind betroffen, die aufgrund der steigenden Kosten ihre eigenen Preise erhöhen. Notenbanken und Regierungen aller Länder müssen jetzt umsichtig reagieren und versuchen, das Schlimmste zu verhindern bzw. Negativeffekte abzufedern. Patrick Mokre von der Abteilung Wirtschaftswissenschaften und Statistik der AK Wien sagt: „Das Wichtigste ist, dass wir jetzt schauen, dass sich Leute, die ein normales Einkommen haben, noch ihr Leben leisten können.“

Laut Angela Pfister, Mitarbeiterin im Volkswirtschaftlichen Referat des ÖGB, geht es jetzt vor allem um temporäre Maßnahmen. Doch Österreich hinkt vorerst anderen Ländern hinterher. So hat sich die Regierung bisher nur auf einen Gutschein für Haushalte – Spitzenverdiener:innen ausgeschlossen – geeinigt, der von der Strom- und Gasrechnung abgezogen wird. Pfister: „Dieser Gutschein wird definitiv zu wenig sein.“ In Deutschland wurde etwa der Heizkostenzuschuss erhöht und die EEG-Umlage, die für alle Stromverbraucher:innen anfällt, gesenkt. Doch auch das wird Pfister zufolge angesichts der Inflationsentwicklung nicht genug sein. Maßnahmen wie eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Energie oder eine Deckelung der Energiepreise wären sinnvoll, wobei dann die Differenz zum tatsächlichen Preis als Negativsteuer an die Haushalte zurückfließen sollte oder die Unternehmen für die Differenz entschädigt werden könnten.

In Ungarn oder Slowenien beispielsweise wurde ein Deckel für Spritpreise eingeführt. Pfister: „Energieversorgung zählt zur Daseinsvorsorge, deshalb ist es Aufgabe des Staates, dass sie leistbar ist.“ Vielleicht sei eine „vollständige Liberalisierung der Energiemärkte nicht das Beste, weil das irrsinnig erschwert, mit Maßnahmen einzugreifen“, sagt Pfister. Wichtig wäre zudem ein Preismonitoring, „um ungerechtfertigte Preiserhöhungen hintanzuhalten“.

Höchster Inflationswert bisher im Jahr 1993

Quelle: Statistik Austria

Risiko negativer Nachfrageeffekte

Patrick Mokre hält es derzeit für das wichtigste politische Ziel, „dass die untere Hälfte der Einkommen ihr Ausmaß an Konsum halten können, einerseits, weil es sonst ungerecht wäre, andererseits, weil die Bevölkerung mit niedrigen Einkommen anteilsmäßig besonders viel für Konsum ausgibt“. Würde bei ihnen der Konsum zusammenbrechen, hätte das „gesamtgesellschaftlich sehr negative Nachfrageeffekte“. Es könnte so ein Teufelskreis entstehen, den es mit allen Mitteln zu vermeiden gelte.

Das „skandalöseste Problem, auf das wir zusteuern“, ist für Mokre aber, dass bei massiven Preiserhöhungen und gleichbleibenden Sozialleistungen und Niedriglöhnen in Österreich Hunderttausende Menschen armutsgefährdet wären: „So etwas kann man vermeiden, wenn man Sozialleistungen an eine Armutsgefährdungsgren-

„Energieversorgung zählt zur Daseinsvorsorge, deshalb ist es Aufgabe des Staates, dass sie leistbar ist", sagt Volkwirtschaftsexpertin Angela Pfister vom ÖGB.

ze koppelt und automatisch mit der Inflation erhöht, also durch eine gleitende Skala, wie es sie bei Parteienförderungen gibt." In Deutschland wird unabhängig vom Thema Inflation der Mindestlohn stufenweise erhöht – derzeit liegt er bei 9,82 Euro pro Stunde und wird im Oktober auf zwölf Euro angehoben. Das entspricht einer Erhöhung um circa 25 Prozent. Wie viel davon wieder von der Geldentwertung aufgefressen wird, bleibt abzuwarten. Mokre: „Eine siebenprozentige Inflation wie derzeit wäre unangenehm, aber würde immer noch eine relativ gute Lohnerhöhung bedeuten."

In extremen Fällen kann sich die Inflation gefährlich erhöhen, wie etwa in der Türkei oder gar in Venezuela. In Venezuela lag die Inflation 2021 bei 2700 Prozent, und 2018 waren es gar 80.000 Prozent. Patrick Mokre weist darauf hin, dass eine solche Hyperinflation meist auf eine Form des wirtschaftlichen Zusammenbruchs zurückzuführen ist. In der Türkei steigen die Verbraucherpreise seit November 2021 rasant an: Die Inflationsrate lag im Dezember 2021 bei 36 Prozent und im Februar 2022 gar bei 48,7 Prozent. Angela Pfister erklärt die Hintergründe: Präsident Erdogan habe lange versucht, mit einer Geldschwemme die Wirtschaft anzukurbeln und Investitionen zu mobilisieren. Der Plan dahinter war, dass in der Folge einer hohen Inflation bei der Rückzahlung von Krediten ein Teil der Schulden wegfällt. „Doch dies und Erdogans Innen- und Außenpolitik haben das Vertrauen in die Lira geschwächt, und der Kurs ist verfallen. Dadurch sind die Preise für Importe wie insbesondere für Rohstoffe explodiert und heizen die Inflation an."

Pfister und Mokre glauben nicht, dass in unseren Breiten schon Grund zur Sorge vor einer ähnlich starken Preisentwicklung besteht, wenngleich der Ukraine-Krieg zur Verunsicherung beiträgt. Angela Pfister fasst zusammen, was jetzt notwendig ist: „Um in der aktuellen Situation Einkommensverluste abzufedern und Vertrauen zu schaffen, brauchen wir eine verantwortungsvoll und entschlossen agierende Regierung." Und das heißt: Mehr kurzfristige Maßnahmen, und zwar rasch. ◗

VIER FRAGEN ZUR WELTWEITEN INFLATION

Welche Länder hatten 2021 die höchsten Inflationsraten?
2021 war erneut Venezuela das Land mit der mit Abstand höchsten Inflationsrate: Sie lag geschätzt bei rund 2700 Prozent. Auf Platz zwei lag der Sudan mit 195 Prozent, gefolgt von Simbabwe mit 93 Prozent. Diese drei Länder führten das Ranking der Länder mit den höchsten Inflationsraten bereits 2020 an. Von den 20 Ländern mit der höchsten Inflationsrate waren mehr als die Hälfte afrikanische Länder, darunter Äthiopien, Angola, Südsudan und Sambia (mit jeweils circa 23 bis 25 Prozent). Die Türkei belegte mit 17 Prozent weltweit den zwölften Platz.

Wie entwickelte sich die weltweite Inflation seit 1980?
1980 lag die durchschnittliche Inflationsrate weltweit bei 17,3 Prozent gegenüber dem Vorjahreswert. Den höchsten Wert bisher erreichte die Inflation mit fast 40 Prozent 1993. Fünf Jahre später hatte sie sich wieder beruhigt und lag bei 6,5 Prozent. 2020 belief sich die weltweite Inflation auf rund 3,2 Prozent. Und die Prognosen für die kommenden Jahre bis 2026, die jedoch schon im Oktober 2021, also vor dem Krieg in der Ukraine, gemacht wurden, liegen zwischen drei und vier Prozent.

Was ist eine Hyperinflation?
Eine allgemeingültige Definition gibt es nicht, aber es lässt sich sagen, dass bei einer Hyperinflation die Preise sehr schnell steigen, manchmal sogar mehrmals täglich. Unter Ökonomen gilt die Faustregel, dass ab einer Inflationsrate von 50 Prozent pro Monat von einer Hyperinflation gesprochen werden kann.

Welche Rolle spielen die Leitzinsen?
Aufgrund der hohen Inflation wäre eine Zinserhöhung und das Ende der Nullzinspolitik dringend nötig. Zugleich könnten höhere Zinsen die Konjunktur schwächen, was in der aktuellen weltpolitischen Lage wiederum eher ungünstig wäre. Die Notenbanken stehen also derzeit vor einer schwierigen Entscheidung.

Was kann Österreich jetzt gegen die steigenden Preise tun?

© ORF

Die Teuerung ist bei Energie, Nahrungsmitteln und Wohnen am höchsten, trifft also die Schwächsten am stärksten. Maßnahme 1: Für Treibstoffe werden „faire" Höchstpreise festgesetzt. Denn die OMV nützt ihre Monopolstellung aus, besonders in Krisenzeiten. Maßnahme 2: Dies gilt auch für erneuerbaren Strom. Obwohl die Verbund AG keine höheren Kosten hat (Wasserkraft), schneidet sie bei der Verteuerung mit. Maßnahme 3: Die Handelsketten werden verpflichtet, die Daten über alle Waren samt Preisen täglich online zu stellen als Basis von Markttransparenz. In kurzer Zeit werden Apps entwickelt, welche die Ermittlung optimaler „Einkaufskörbe" ermöglichen und durch Konkurrenzbelebung die Preise drücken. Maßnahme 4: Alle Anbieter von Wohnraum müssen ihr Objekt nach vielerlei Kriterien klassifiziert einer zentralen Datenbank melden. So wird eine optimale und provisionsfreie Suche ermöglicht, erst dann kann man von „Markt" sprechen. Die Gewinne der Energiekonzerne, Einzelhandelsketten und der Immobilienwirtschaft belegen: Bei den Preisen gibt es „viel Luft nach unten".

STEPHAN SCHULMEISTER
WIRTSCHAFTSFORSCHER UND UNIVERSITÄTSLEKTOR IN WIEN

Inflation, Gewinne und Löhne

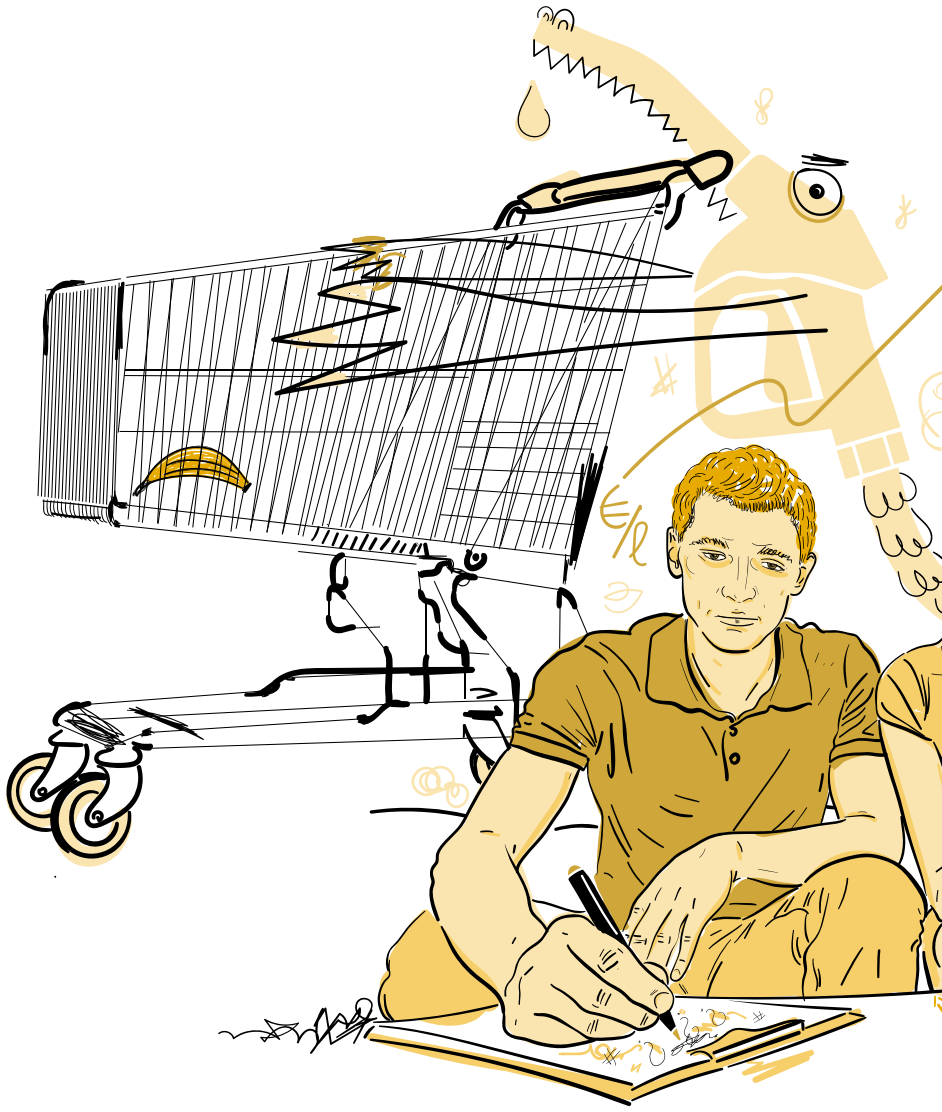
Strom- und Gasrechnung plus 500 Euro, Spritpreis zwei Euro je Liter. Die Energiepreise treiben die Inflation auf sechs Prozent und mehr. So manche Unternehmen erhöhen die Preise ungerechtfertigt. Kann die Lohnpolitik die Kaufkraft erhalten? Wer braucht zusätzliche Hilfe?

TEXT MARKUS MARTERBAUER

Im März lag die Inflationsrate bereits bei 6,8 Prozent. Sie misst den Preisanstieg für den Warenkorb eines Haushalts mit durchschnittlichem Verbrauch an Gütern und Dienstleistungen. Mehr als ein Drittel des Preisanstiegs wird direkt durch teurere Haushaltsenergie und Treibstoffe verursacht. Das ist eine direkte Folge des russischen Angriffs auf die Ukraine, denn vier Fünftel des in Österreich verbrauchten Erdgases kommen aus Russland, bei Rohöl ist es ein Zehntel.

Auf den internationalen Energiemärkten wird das durch Spekulation verschärft. Wird die Gaszufuhr aus Russland gesperrt? Verschärft der Westen die Sanktionen? Wie rasch kann man auf alternative Energiequellen umstellen? Erwartungen darüber prägen die Spekulation, etwa auf dem Gasmarkt. Im Februar stieg der Erdgaspreis auf 225 Euro je Megawattstunde, das war zehnmal so viel wie im langjährigen Durchschnitt. Ende März sank er auf 100 Euro.

Der Gaspreis bestimmt den Strompreis. Denn dieser richtet sich nach den Kosten des letzten, in diesem Fall mit Erdgas produzierenden Stromversorgers. Doch die meisten Energieversorger produzieren den Strom gar nicht mit Erdgas. Sie nutzen Wasser, Wind oder Sonne. Diese Energiequellen sind nicht teurer geworden. Trotz niedriger Kosten erzielen Energieversorger



wie der Verbund oder die Tiwag Rekordpreise und damit Rekordgewinne. Das Gleiche gilt für die Windparks. Ihre Errichtung wurde mit der Ökostromabgabe von den Kund:innen großzügig gefördert. Nun machen sie enorme „windfall profits". Ähnlich beim Treibstoff, wo die Preise an den Tankstellen viel rascher steigen als die Rohölpreise. Die Mineralölkonzerne schwimmen in Geld. Bereits für das Jahr 2021 meldete der niederländische Öl-und-Gas-Multi Shell einen Gewinn von 19 Milliarden Dollar, eine Vervierfachung gegenüber dem Vorjahr. Der Aktienkurs stieg um 50 Prozent und die Aktionär:innen feiern.

Die hohen Energiepreise belasten die Verbraucher:innen. Aber viele Unternehmen verdienen gut dabei. Im Windschatten steigender Energiepreise erzielen sie ein „Körberlgeld". Beispiel Beherbergungsbetriebe: Dort erhöhten sich die Preise zuletzt um elf Prozent. Das wird mit dem Anstieg der Mehrwertsteuer von fünf auf zehn Prozent zum 1. Jänner 2022 begründet. Das ist lustig, denn die Senkung der Mehrwertsteuer von zehn Prozent auf fünf Prozent im Zuge der Corona-Hilfen 2020 wurde gar nicht an die Gäste weitergegeben. Die höheren Preise treiben die Inflation an. Das Gleiche passiert in der Gastronomie, wo die Preise zuletzt um sechs Prozent stiegen.

Preistreiber sind auch die Mieten. Mit 1. April steigen sie um mehr als fünf Prozent. Der Grund: Sie sind an die Inflationsrate gebunden. Die höheren Energiepreise belasten die Mieter:innen zuerst direkt über die Energierechnung und dann noch einmal indirekt über den automatischen Mietenanstieg. Freuen dürfen sich hingegen die Zinshausbesitzer:innen. Für sie sind zwar nicht die Kosten, dafür aber die Einnahmen gestiegen.

Energiepreise, Beherbergung und Gastronomie: Wir sehen eine Gewinn-Preis-Spirale zulasten der arbeitenden Menschen und ihrer Familien. Wie kann ihnen geholfen werden? Die größte Hilfe erfolgt in Österreich scheinbar so automatisch, dass sie für viele selbstverständlich ist. Die Kollektivvertragsverhandlungen sind das wichtigste Instrument zur Sicherung der Kaufkraft der arbeitenden Menschen. Bei höherer Inflation wird auf einmal für alle klar: ohne Gewerkschaften und Betriebsrat keine Sicherung der Kaufkraft. Wer könnte alleine kräftige Lohnerhöhungen durchsetzen?

Den Ausgangspunkt für die Lohnverhandlungen bildet die durchschnittliche Inflationsrate der letzten zwölf Monate. Für die Frühjahrslohnrunde betrug diese 3,5 Prozent. Daran ist der Abschluss in der Elektro-, Chemie- und Papierindustrie zu messen, um den derzeit gerungen wird. Die gewerkschaftlichen Lohnverhandlungen sicherten immer die Kaufkraft und ermöglichten einen Reallohngewinn. Letzterer wird in der Energiekrise schwieriger, und von einer Lohn-Preis-Spirale, bei der höhere Löhne die Preise antreiben, ist bislang nichts zu sehen.

Besonders betroffen

Die Hauptbetroffenen brauchen darüber hinaus Hilfe. Etwa Armutsgefährdete: Für prekär Beschäftigte, Arbeitslose, Alleinerziehende und Mehrkindfamilien machen die Ausgaben für Energie und Wohnen einen großen Teil des Haushaltsbudgets aus. Jetzt rächen sich die politischen Fehlleistungen der Vergangenheit: die Kürzung der Mindestsicherung unter Türkis-Blau, die fehlende Anhebung des Arbeitslosengeldes in der COVID-Krise, der inadäquate staatliche Unterhaltsvorschuss. Nun muss der Sozialstaat armutsfest gemacht werden. Mindestsicherung, Arbeitslosengeld und Ausgleichszulage müssen über die Armutsgefährdungsschwelle angehoben werden. Da fehlen etwa 300 Euro im Monat. Dies hilft gegen Armut, beseitigt aber nicht ihre Ursachen. Dafür braucht es schon mehr: Vollbeschäftigung, gute Kindergärten und Ganztagsschulen für alle, leistbares Wohnen, gute Gesundheits- und Pflegeversorgung.

Pendler:innen leiden unter sprunghaft gestiegenen Spritpreisen. Kurzfristig hilft ein höheres Pendlerpauschale, das auf einen Absetzbetrag umgestellt werden muss, damit es nicht weiter Besserverdienende gegenüber Schlechtverdienenden begünstigt. Gleichzeitig muss der Umstieg auf öffentlichen Verkehr gelingen, indem Verbindungen besser und billiger werden. Denn der Pkw mit Verbrennungsmotor hat keine Zukunft. Energieintensive Betriebe etwa in der Glas- oder Papierindustrie könnten staatliche Hilfe brauchen. Auch dagegen spricht wenig, wenn die Subvention transparent und gezielt erfolgt.

Die Energiekrise führt zu höherer Inflation, das ist kurzfristig unvermeidbar. Dabei gibt es Gewinner:innen und Verlierer:innen. Politisch muss deshalb die Verteilungsfrage gestellt werden. ◗

Dem Energiemarkt ausgeliefert

Immer mehr Menschen sind von Energiearmut betroffen. Sie können sich Strom, Wasser und Gas kaum noch leisten. Mit dem Ukraine-Krieg wird die Suche nach einem Ausstieg aus der Preisspirale noch dringlicher. Doch der Bund steht auf der Bremse.

TEXT CHRISTIAN BUNKE

Dass sie einmal die Sozialberatung der Caritas Wien brauchen würde, das hätte sich Jacqueline Steiner nicht gedacht. Doch die zweifache Mutter braucht Unterstützung, denn die steigenden Energiekosten wachsen ihr schon länger über den Kopf. Damit steht sie nicht allein da. Ihre Geschichte ist ein Symptom unserer Zeit, in der vieles aus den Fugen geraten ist.

Viele Faktoren spielen in das Thema „Energiearmut" hinein. Im Fall von Jacqueline Steiner wurde die Krise nicht ausschließlich durch eskalierende Kosten ausgelöst. Ein großer Teil der Schuld liegt bei ihrem früheren Arbeitgeber, bei dem sie bis Dezember 2021 angestellt war. Seitdem ist sie arbeitslos. „Ich habe dort nie einen Cent Lohn gesehen", erzählt sie. „Nach zwei Wochen habe ich erfahren, dass die Firma Konkurs angemeldet hat. Eines Tages sind bewaffnete Polizist:innen aufgetaucht. Die haben dort alles mitgenommen." Vier Monate lang bekam Jacqueline Steiner keinen Lohn. Das bedeutet, sie konnte keine Miete zahlen und ihrer Tochter keine Schulsachen kaufen. Bei der Caritas holte sie Gutscheine für das Essen. „Ich habe mir die Frage gestellt: Wie überleben wir überhaupt? Ich habe nur noch geheult."

In dieser Situation bilden die steigenden Energiekosten ein sich drastisch verschärfendes Element. „Ich kann mich noch erinnern, dass ich vor zehn Jahren noch 50 Euro monatlich für Strom und Gas gemeinsam gezahlt habe. Allerdings hatte ich schon 2011 eine Nachzahlung von 2.000 Euro in der Jahresendabrechnung. Und jetzt zahle ich im Quartal 440 Euro. Das ist alle drei Monate die doppelte Miete. Und immer wieder Nachzahlungen." Das Jahr 2022 ist zwar noch jung, und doch fürchtet sich Jacqueline Steiner schon vor dem Jahresende: „Ich habe einen Brief bekommen, dass die Preise verdoppelt werden."

Diese Angst spürt auch der Wiener Musiker Wolfgang Linhart. Sein Einkommen generiert sich großteils aus Live-Konzerten. Dieser Markt ist mit Beginn der Corona-Krise drastisch eingebrochen. „Der Großteil meiner Konzerte wurde abgesagt. Ich habe eine Big Band mit 18 Mitgliedern. Niemand will jetzt eine Big Band in einem Innenraum anschauen. Selbst dort, wo wieder Konzerte stattfinden, fehlt das Publikum."

Als Kulturschaffender konnte Linhart im Jahr 2021 auf staatliche Förderungen in Höhe von 950 Euro pro Monat zurückgreifen. „Ohne diese Förderungen wäre es nicht gegangen", sagt Linhart, der sich ohnehin eingeschränkt hat. Ein großes Tonstudio am Stadtrand hat er aufgegeben, nun produziert er in einem kleineren Studio in der Josefstadt. Auch einen Job in der Gastronomie hat er angenommen: „Aber die leidet auch, wegen ausbleibender Kundschaft, aber auch durch steigende Kosten." Preise, die auch Wolfgang Linhart spürt: „Ich habe Miet- und Energiekosten in Höhe von 600 bis 700 Euro im Monat. Da bleiben mir 250 Euro im Monat zum Leben übrig. Ich hatte noch ein finanzielles Polster aus vergangenen Produktionen, das habe ich nun aber aufgebraucht. Und ich bin mir wirklich nicht sicher, was bei der Jahresendabrechnung passiert."

Energiepreise rauschen nach oben

Diese Befürchtungen teilt Sandra Matzinger, Energiereferentin aus der Abteilung Wirtschaftspolitik in der Arbeiterkammer Wien. „Wir haben einen Fahrstuhleffekt, die Preise rauschen rauf", sagt sie. Zahlen belegen diesen Eindruck. So hat der österreichische Strompreisindex seit April 2021 um 163 Prozent zugelegt, während der Gaspreisindex seit März 2021 um 455 Prozent gestiegen ist. „Die durch den Ukraine-Krieg verursachten Preissteigerungen sind jetzt noch nicht so spürbar für die Leute. Jetzt kommt auch die warme Jahreszeit. Aber meine große Sorge gilt dem Herbst. Das ist ein ganz großes Problem, wenn es mit der Nachfrage wieder losgeht. Dann werden die Preise drastisch ansteigen." Dies werde sich in den Jahresabrechnungen bemerkbar machen. „Die Leute schaffen es gerade noch so, die Teilleistungen zu bestreiten. Aber Nachzahlungen in Höhe von mehreren hundert Euro können sie kaum stemmen", so Matzinger.

Jacqueline Steiner wünscht sich für ihre Tochter eine Zukunft ohne Gas. „Gas ist teuer und gefährlich", sagt sie.

Musiker Wolfgang Linhart sorgt sich vor der Jahresabrechnung: „Dann werde ich die steigenden Kosten spüren."

Und noch etwas wird durch die obigen Beispiele deutlich. Energiearmut hat keine eindimensionalen Ursachen. Darauf weist Rudolf Lehner, Referent für energiepolitische Fragestellungen bei der AK Oberösterreich, hin. In einem neuen Artikel für den A&W-Blog schreibt er: „In den allermeisten Fällen wird Armut durch mehrere Komponenten verursacht. Ein ebenso großes Problem wie die Energiekosten sind in diesem Zusammenhang die Wohnungskosten, also vor allem die Mieten."

Noch deutlicher werden die Wirtschaftswissenschafter Michael Ertl und Markus Marterbauer. Mit Blick auf die vom WIFO für das Jahr 2022 prognostizierte Inflationsrate von 5,8 Prozent schreiben sie an selber Stelle: „Der verheerende russische Krieg gegen die Ukraine führt zu drastisch steigenden Energiepreisen, die die verfügbaren Einkommen und damit die Konsumnachfrage schwächen. (…) Der Anstieg der Preise für Strom, Gas und Treibstoffe schwächt die Kaufkraft der privaten Haushalte und trifft ärmere Haushalte besonders stark."

Wenn die Küche kalt bleibt

Wolfgang Linhart und Jacqueline Steiner können davon ein Lied singen. Sie versuchen ihrer Notlage mit Einschränkungen zu begegnen. „Glücklicherweise war die vergangenen Jahre meistens Lockdown", meint der Musiker Linhart. „Ich hätte sowieso nicht ausgehen können. Das hat etwas getröstet, wenn ich Geld gespart habe." Jacqueline Steiner versucht derweil, den Gasofen oder die Heizung möglichst überhaupt nicht zu benützen. „Ich bin kaum daheim, dann brauche ich nicht zu kochen. Wenn das Wetter schön ist, sind wir mit den Kindern am Spielplatz. Wenn ich daheim bin, versuche ich außerdem Strom zu sparen. Ich habe das Licht abgedreht. Meistens brauche ich es eh nicht. Meine Wohnung ist hell." Problematisch sei aber, dass die Fenster in ihrem Gemeindebau teilweise kaputt seien. „Dann wird den Kindern kalt."

Lea Laubenthal ist Teamleiterin bei der Sozialberatung der Caritas Wien. Beispiele wie jenes von Jacqueline Steiner kennt sie viele. „Die Anfragen steigen. Das liegt an den Auswirkungen der COVID-Pandemie, aber auch daran, dass die Energiepreise steigen. Die drei häufigsten Anfragen bei uns betreffen die Miete, den Lebensbedarf und den Strom." Problematisch sei, dass viele Betroffene in schlecht gedämmten Wohnungen leben würden. „Dadurch steigt natürlich der Energiebedarf beim Heizen. Manche versuchen auszuweichen, indem sie elektrische Heizstrahler anschaffen. Dadurch sinkt der Gasverbrauch, aber der Stromverbrauch steigt."

Auch Lea Laubenthal sorgt sich vor dem Herbst. „Dann trudeln hier besonders viele Leute ein. Und die geopolitische Lage wird einen verschärfenden Effekt auf die Energiepreise haben. Es ist ein großes Problem, dass die Mindestsicherung gleich bleibt, aber die Kosten steigen. Das geht sich nicht aus."

Recht auf Grundversorgung

Viele Menschen würden die Sozialberatung aufsuchen, wenn ihnen der Strom und das Gas durch den Energieversorger abgedreht worden sei. „Dabei gibt es in Österreich ein Recht auf Grundversorgung. Das weiß aber kaum jemand. Es wird auch völlig unzureichend kommuniziert. Außerdem muss erst umständlich ein Formular ausgefüllt werden, um in die Grundversorgung zu kommen. Wir fordern, dass das automatisch passiert." Tatsächlich sind österreichische Energieversorger einem sogenannten Kontrahie-

Lea Laubenthal von der Sozialberatung der Caritas findet, dass das Recht auf Grundversorgung viel breiter kommuniziert gehört: „Vor allem im Herbst, wenn es kalt wird, ist das wichtig."

rungszwang unterworfen. Das bedeutet, sie haben eine Pflicht zum Vertragsabschluss. Strom und Gas dürfen somit zwar abgeschaltet werden, wenn Rechnungen nicht bezahlt werden. Jedoch können Verbraucher:innen die Wiederanschaltung erwirken, wenn sie sich bei ihrem Versorger auf die Grundversorgung berufen. Dafür müssen sie aber einen Teilbetrag im Voraus überweisen. „Hier versuchen wir bei der Caritas zu helfen", so Laubenthal.

Insgesamt 128.000 Haushalte waren es, die sich im vergangenen Winter das Heizen ihrer Wohnungen gar nicht oder nur selten leisten konnten. Der ÖGB hat deshalb die Forderung nach einem Winterpaket ins Spiel gebracht. Dessen Eckpunkte beinhalteten eine zeitlich begrenzte Preissenkung auf Strom und Gas für alle Haushalte, einen Abschaltestopp der Energieanbieter sowie einen Finanzzuschuss für die 400.000 finanzschwächsten Haushalte in Höhe von 120 Millionen Euro. „Zur Finanzierung könnte man auch die durch die Krise entstandenen Sonderprofite der Energiekonzerne heranziehen", meint Sandra Matzinger. „Vor allem Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien profitieren von den Preissteigerungen, da sie keine steigenden Kosten haben, aber dennoch zu Marktpreisen verkaufen. Hier könnte der Staat eingreifen."

Preise runter – weg vom Gas

Nötig sei es auch, den Markt genauer zu beobachten. „Der hat im letzten Sommer nicht so funktioniert wie normal", sagt Sandra Matzinger. „Der Gazprom-Konzern hat viel weniger eingespeist als eigentlich üblich. Zwar hat der Konzern seine langfristigen Verträge alle eingehalten, an den Spot-Märkten, an denen kurzfristige Geschäfte abgewickelt werden, aber nichts verkauft." In diesem Zusammenhang setzt sich die Arbeiterkammer für eine engmaschige Überwachung der Energiemärkte ein, auch um preissteigernde Spekulationseffekte besser überwachen zu können.

Das Thema brennt jedenfalls vielen Menschen unter den Nägeln. Schon knapp unter 25.000 Menschen haben eine Online-Petition des ÖGB mit der Forderung „Preise runter!" unterschrieben. Dort wird unter anderem gefordert, die Preise für Energie und Treibstoff zu senken und die Mehrwertsteuer auf Öffi-Zeitkarten zu streichen. Stattdessen kommt von der österreichischen Bundesregierung nicht viel Konkretes. „Das neue Energiepaket der Bundesregierung bewegt sich großteils auf Überschriftenniveau", bemängelt Martin Reiter, Fachexperte im Volkswirtschaftlichen Referat des ÖGB. Kritisch sieht er, dass die Expertise der Arbeitnehmer:innenorganisationen nicht in Anspruch genommen werde. „Wir würden uns gerne mit unseren Vorschlägen einbringen, doch das geht nur, wenn wir als ÖGB dazu die Möglichkeit kriegen." Das scheint bislang nicht der Fall zu sein, der letzte Energiegipfel fand zwar mit Beteiligung der Energiekonzerne, aber ohne AK oder Gewerkschaften statt.

Jacqueline Steiner hat jedenfalls genug vom Gas. Und das nicht nur, wenn es um die Heizkosten geht: „Die Wartung der Gastherme kostet ja auch Geld. Aber ich weiß gar nicht, wie viele in meinem Gemeindebau sich das überhaupt leisten können. Dabei ist die Wartung ja wichtig. Immer wieder liest man von Explosionen. Auch das macht mir Angst. Eigentlich gehören die Thermen alle ausgetauscht." Wolfgang Linhart hofft derweil auf den Sommer: „Im April habe ich wieder einen Auftritt. Hoffentlich kann ich bald wieder mehr verdienen, um meine Rechnungen zahlen zu können." ◗

Geht nicht, gibt's doch

Ein Schiff, das im Suezkanal auf Grund läuft, ein Brand in einer Fabrik am anderen Ende der Welt – selbst vermeintlich kleine Unregelmäßigkeiten entlang globaler Lieferketten können in Österreich unvorhergesehene Ausmaße annehmen.

TEXT JOHANNES GRESS

Einst lautete der Slogan der deutschen Baumarktkette Praktiker: „Geht nicht, gibt's nicht." Der Spruch verkörpert, spätestens seit dem Aufstieg des Online-Versandhandels, eine Art westliche Wohlstandsmetapher: dass alles immer und zu jeder Zeit verfügbar ist, und zwar billig. Doch geraten globale Lieferketten ins Stocken, droht der so verstandene Wohlstand zügig zu bröckeln. Wenn in Österreich Futtermittel für Schweine fehlen, weil die Ukraine keinen Mais mehr exportiert. Wenn der Industrie Halbleiter fehlen, weil ein Schneesturm in den USA die Produktion lahmlegt. Wenn ein Schiff im Suezkanal auf Grund läuft, in Großbritannien Lkw-Fahrer:innen fehlen oder in Japan ein Chipwerk brennt … Oftmals reicht eine „Kleinigkeit", um eine global vernetzte, feingliedrige Produktionsstruktur zu unterbrechen.

Dass vermeintlich simple Güter, wie FFP2-Masken oder Toaster, um den ganzen Globus schippern, bevor sie hierzulande im Regal landen, ist kein Zufall, erklärt Michael Wögerer, Projektleiter von „weltumspannend arbeiten", dem entwicklungspolitischen Verein im ÖGB. „Unternehmen produzieren dort, wo Rohstoffe und Arbeitskräfte am billigsten sind." Das verspricht kurzfristig Profite, schafft aber Abhängigkeiten und Risiken. Besonders kleinere Länder wie Österreich sind abhängig vom Import sogenannter Vorprodukte. Laut Complexity Science Hub hat rund ein Drittel der österreichischen Unternehmen mindestens einen Lieferanten, dessen Ausfall zum Produktionsstillstand führen würde.

Von Lohnabhängigen abgefedert

Die Volatilität der Produktions- und Lieferketten wird zusehends „nach unten durchgegeben, indem sie durch die Belegschaft abgefedert werden soll", kritisiert Wögerer. Um auf Ausfälle besser reagieren zu können, beschäftigen Unternehmen beispielsweise mehr Leiharbeiter:innen und fordern von der Stammbelegschaft mehr Flexibilität. Prominentestes Beispiel: die Ausweitung der täglichen Maximalarbeitszeit auf zwölf Stunden.

Wie unmittelbar sich globale Entwicklungen auf Österreich auswirken, zeigt ein Blick nach Steyr: Nur wenige Tage, nachdem Russland in die Ukraine einfiel, meldeten BMW und Steyr Automotive (vormals MAN) ihre Arbeiter:innen zur Kurzarbeit an.

Das ist ein entscheidender Unterschied zu Ländern des Globalen Südens, betont Karin Fischer, Leiterin des Arbeitsbereichs Globale Soziologie an der JKU Linz. Ein Land wie Österreich sei mit Kurzarbeit, Subventionen oder Sozialleistungen immer noch besser in der Lage, die negativen Auswirkungen von gestörten Lieferketten abzufedern, als Länder im Globalen Süden, am „anderen Ende" der Kette. Als viele Lohnabhängige in Europa während der Lockdowns ins Homeoffice wechselten oder Kurzarbeitergeld bezogen, brach bei Lohnarbeiter:innen im Globalen Süden das komplette Einkommen weg.

Andererseits, betont Fischer, sind es der Globale Norden und damit Länder wie Österreich, die von den globalen Produktions-

Anteil der hoch kritischen Zulieferer im Ausland

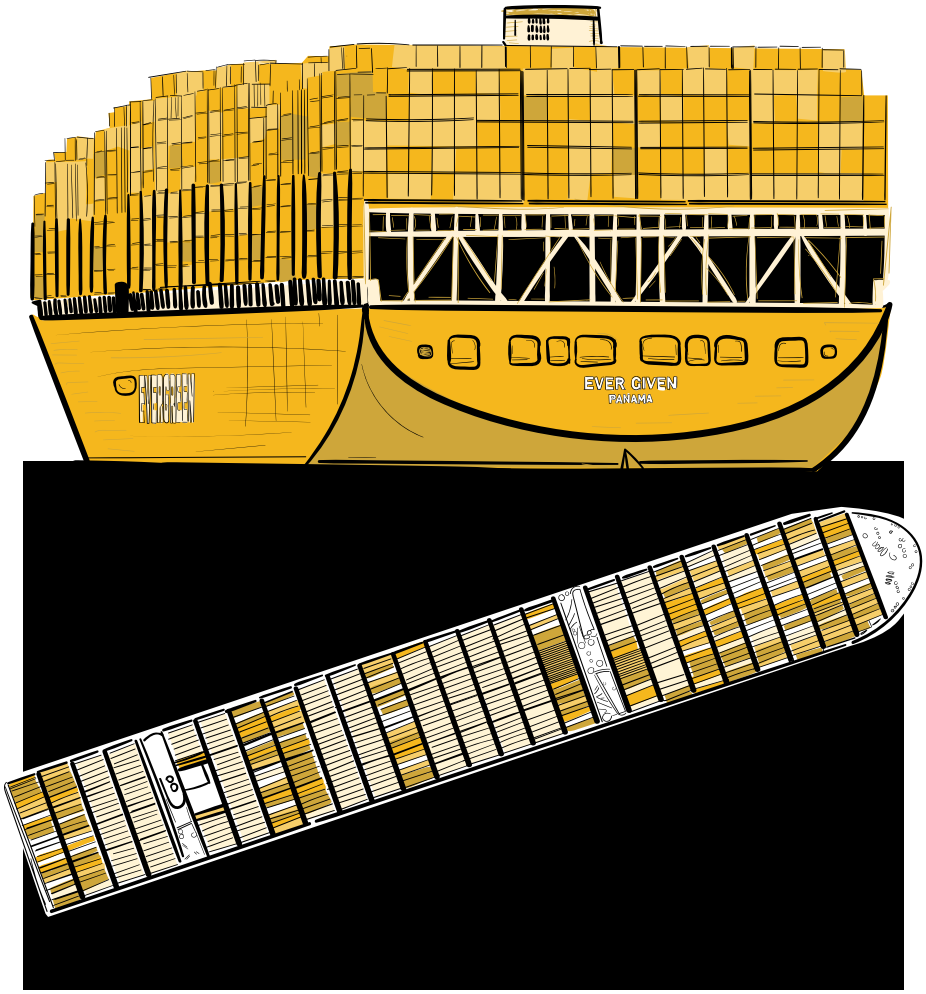
Quelle: Complexity Science Hub Vienna

ketten am meisten profitieren. „Höherwertige Aktivitäten – wie Forschung, Design, ‚Branding' und Patentierung – finden in den Headquarters transnationaler Unternehmen im Globalen Norden statt." Arbeitsintensive Tätigkeiten mit geringerer Wertschöpfung würden in den Globalen Süden ausgelagert. Die billigen Preise hierzulande, etwa für Lebensmittel und Elektronik, „sind Ausdruck von Konzernmacht", betont Fischer.

Kosten miteinrechnen

Gegen die mit der Globalisierung tendenziell steigende Volatilität von Lieferketten etwas zu unternehmen ist keine leichte Aufgabe. Einerseits sind Mechanismen und

Während Österreich negative Auswirkungen gestörter Lieferketten abfedern kann, litten Arbeiter:innen des Globalen Südens hart darunter, so Karin Fischer von der JKU Linz. Das werde hierzulande oft vergessen.



Interdependenzen entlang von Lieferketten komplex und undurchsichtig. Zum anderen sind die Ursachen, wie Umweltkatastrophen, Kriege, Cyberattacken oder Pandemien, von einzelnen Unternehmen oder Regierungen kaum zu beeinflussen.

In der derzeitigen Situation, so ÖGB-Wirtschaftsexpertin Miriam Baghdady, müsse es kurzfristig darum gehen, politisch gegenzusteuern, um vor allem Geringverdiener:innen vor den schlimmsten Auswirkungen der Teuerung zu schützen. Langfristig aber müssten Lieferketten angepasst werden, um Abhängigkeiten zu reduzieren und dort, wo es sinnvoll und möglich erscheint, wieder regionaler zu produzieren. Für die Kostenkalkulation, fordert Baghdady, dürften nicht die möglichst geringen Arbeitskosten ausschlaggebend sein, sondern müssten soziale und ökologische Kriterien ebenso wie Aspekte der Versorgungssicherheit und Resilienz mitbedacht werden.

Apropos Ökologie: Ausgerechnet der Winter 2012/13 war in Deutschland ein besonders langer, das Frühjahr überdurchschnittlich regnerisch. Baumärkten brach das Frühjahrsgeschäft weg. Nach wirtschaftlich herausfordernden Jahren meldete die Baumarktkette Praktiker im Juli 2013 Insolvenz an. Geht nicht, gibt's also doch. ◗

Der Vergleich m

1991

Im März 2022 wird die Inflation bei etwa sieben Prozent liegen. Alle Waren wurden also innerhalb eines Jahres im Durchschnitt um diesen Prozentsatz teurer. Das ist der höchste Wert seit November

Brot, 1 kg

EUR 1,42

Milch, 1 Liter

EUR 0,80

Superbenzin, 1 Liter

EUR 0,68

Kalbsschnitzel, 1 kg

EUR 19,61

Semmel, pro Stück

EUR 0,16

Heizöl, 1 Liter

EUR 0,33

Quelle: Amtliche Preisstatistik & Stadt Innsbruck

nacht Sie sicher

1981. Doch diese Zahlen sind abstrakt. Was die Inflation für unseren Alltag bedeutet, haben wir in einer fiktiven Werbeanzeige dargestellt, in der wir die Preise von damals mit denen von heute vergleichen.

2022

3,66 **Brot** 1 kg

1,43 **Milch** 1 Liter

1,54 **Superbenzin** 1 Liter

35,50 **Kalbsschnitzel** 1 kg

0,43 **Semmel** pro Stück

0,89 **Heizöl** 1 Liter

Recherche: Christian Domke Seidel | Illustrationen: Miriam Mone | Layout: Thomas Jarmer

Pandemie der Armut

Stellen Sie sich vor, Sie laden sechs Gäste zu sich nach Hause ein. Statistisch gesehen ist mindestens ein Gast davon arm oder armutsgefährdet. Die Pandemie könnte dazu beitragen, dass bald ein weiterer Gast darunter ist.

TEXT IRENE STEINDL

Es ist einer der Sätze, die Martin Schenk in der Pandemie häufig gehört hat: „Ich hätte mir nie gedacht, dass mich das mal betrifft" – von Menschen, deren Einkommen aufgrund von Corona massiv eingebrochen ist und die nun gezwungen waren, in Sozialmärkten einzukaufen, oder bei der Diakonie um Hilfe ansuchten. Martin Schenk ist stellvertretender Direktor der Diakonie Österreich und Mitbegründer der Armutskonferenz. Kurz nach dem ersten Lockdown läuteten bei ihm ständig die Telefone, weil viele nicht mehr wussten, wie sie ihre Mieten zahlen sollten.

Rund 1,5 Millionen Menschen gelten in Österreich als arm oder ausgrenzungsgefährdet. Das entspricht 17,5 Prozent der Gesamtbevölkerung oder knapp jeder sechsten Person. Der Wert ist deutlich geringer als in anderen europäischen Ländern. Das liegt unter anderem an den guten Sozialleistungen in Österreich – sie reduzieren die Zahl der armutsgefährdeten Erwachsenen um fast 40 Prozent. Die wichtigsten sozialen Auffangnetze sind das Erwerbsarbeitslosengeld, die Mindestsicherung/Sozialhilfe und die Ausgleichszulage für Mindestpensionist:innen. Trotz dieser Sozialleistungen leben viele Haushalte unter der Armutsgefährdungsschwelle von aktuell 1.328 Euro monatlich für einen Ein-Personen-Haushalt oder 1.992 Euro für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen. Bemessen werden die Zahlen von EU-SILC, den European Union Statistics on Income and Living Conditions. Viele Indikatoren sprechen dafür, dass die Zahl Armutsbetroffener durch die Pandemie zugenommen hat.

Die „neuen" Arbeitslosen

Ein wichtiger Indikator in der Armutsforschung ist die Erwerbsintensität, also wie viele Stunden ein Haushalt innerhalb eines Jahres arbeitet. Durch die Rekordarbeitslosigkeit im ersten Pandemiejahr ist die Erwerbsintensität vieler Haushalte massiv eingebrochen. Gekündigt worden sind zunächst vor allem Menschen in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. „Es hat also jene getroffen, die schon davor weniger Einkommen hatten", so die Armutsforscherin Karin Heitzmann von der Wirtschaftsuniversität Wien.

Die Armutskonferenz hat während der Lockdowns zwei Studien im Auftrag des Sozialministeriums über die Auswirkungen von Corona auf Armutsbetroffene durchgeführt. Dabei haben sich zwei Gruppen von „neuen" Arbeitslosen seit der Pandemie herauskristallisiert: Jene, die zuvor gut verdient haben und ausreichend Ersparnisse hatten, konnten die plötzliche Arbeitslosigkeit gut wegstecken. Jene hingegen, die davor in prekären Dienstverhältnissen mit geringem Einkommen gearbeitet haben und nicht auf Erspartes zurückgreifen konnten, hat die Arbeitslosigkeit hart getroffen. Viele davon sind in die Armut gerutscht, weil das Arbeitslosengeld nicht zum Leben reicht.

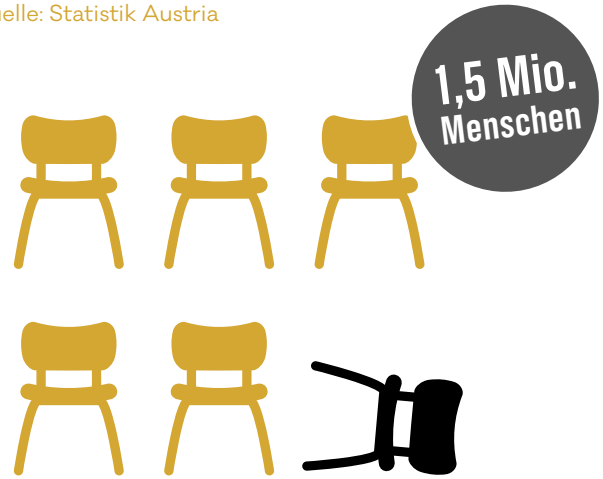
Beengter Wohnraum, teures Wohnen

Neben Arbeitslosigkeit ist Wohnen vermehrt zum Thema für einkommensschwache Menschen geworden – keinen leistbaren Wohnraum zu finden oder ausziehen zu müssen, weil die Wohnung nicht mehr finanzierbar ist. „Für Familien, die auf engem Wohnraum leben, ist die Wohnsituation während der Lockdowns zum Albtraum geworden. Da hat es extrem viel gekracht", weiß Martin Schenk aus den vermehrten Anrufen bei der Armutskonferenz. Für Kinder und Jugendliche, die keinen Raum zum Lernen haben oder den Laptop mit den Geschwistern teilen mussten, hat Distance Learning schlecht funktioniert. „Und auch das zeigen die Ergebnisse der Befragung: Jugendliche aus einkommensschwachen Familien berichten häufiger von Schulabbrüchen, dass sie beim Homeschooling nicht mitkommen oder die Lehre geschmissen haben", so Schenk.

„Jugendliche aus einkommensschwachen Familien berichten häufiger von Schulabbrüchen", sagt Martin Schenk von der Armutskonferenz. Das ziehe schwere Auswirkungen nach sich.

Armutsbetroffene oder Ausgrenzungsgefährdete in Österreich

Quelle: Statistik Austria



Weniger Einkommen, höhere Ausgaben

Wenn wir von Armutsgefährdung sprechen, meint das: Welches Einkommen hat ein Haushalt überhaupt? Die Ausgaben eines Haushalts werden nicht berücksichtigt. „Das ist ein großes Manko", so Heitzmann. In der Diskussion um die Reform des Arbeitslosengelds müsse man auch die Ausgaben heranziehen und sich anschauen: Kann ich mir mit dem Geld, das ich erhalte, mein Leben leisten? Für viele reicht das Arbeitslosengeld nicht. Die Nettoersatzrate liegt mit 55 Prozent weit unter dem Durchschnitt der OECD-Länder von 74 Prozent. „Anfangs haben Arbeitslose noch Ersparnisse, auf die sie zurückgreifen können. Irgendwann sind die aufgebraucht, und dann wird's finanziell eng. Erst recht, wenn die Preise so steigen wie jetzt", so Sybille Pirklbauer, Leiterin der Abteilung Sozialpolitik in der Arbeiterkammer Wien. Die Wohnkosten sind in den letzten Jahren dramatisch gestiegen – der Hauptmietzins um 15 Prozent zwischen 2016 und 2020. Aber auch die Lebensmittelpreise und die Energiekosten schießen in die Höhe. Die meisten Sozialleistungen wie Familienzuschläge oder die Sozialhilfe sind hingegen seit 20 Jahren nicht an die Inflation ange-

Frauen, die in Krisenzeiten Beruf und Familie unter einen Hut bringen müssen, drohen viel schneller arbeitslos zu werden, so Sybille Pirklbauer, Sozialpolitik-Leiterin in der AK Wien.

passt worden. Problematisch sei laut Heitzmann aber nicht nur Einkommensarmut, sondern auch Deprivation. Das bedeutet, sich verschiedene Ausgaben, die Menschen als wünschenswert oder lebensnotwendig erachten, nicht mehr leisten zu können. Die Preissteigerungen spielen hierbei eine Rolle, aber nicht die einzige. Vor allem gehe es um Sicherheit: Werde ich im nächsten halben Jahr noch meine Arbeit haben? Heitzmann geht davon aus, dass die Deprivation seit der Pandemie deutlich zugenommen hat.

Erste Hilfen: zu wenig, zu kurz

Dabei ist während der Pandemie auch viel Sinnvolles passiert, um Menschen vor Armut zu schützen. Die Regierung hat etwa die Notstandshilfe (befristet) angehoben, Arbeitslosen eine Einmalzahlung ausbezahlt oder die Ausgleichszulage erhöht. Wenn auch mit einem großen Aber: Für das untere Einkommensdrittel seien diese Hilfen zu wenig und von zu kurzer Dauer gewesen, kritisiert Pirklbauer. Ein Tropfen auf dem heißen Stein also. Der Familienhärtefonds habe lange nicht funktioniert und galt nur für drei Monate, obwohl die Krise viel länger gedauert hat. Ist bei Alleinerziehenden der andere Elternteil arbeitslos geworden, bestand überhaupt kein Anspruch auf den Familienhärtefonds, da die arbeitslose Person nicht mit den Kindern im gemeinsamen Haushalt lebt. Bis heute wurde dieses Defizit nicht saniert. Einmalzahlungen beim Arbeitslosengeld seien zwar besser als nichts, aber eben nicht nachhaltig. Auch Stundungen bei Mieten und Ratenzahlungen waren eine schnelle Hilfe, die nun aber zum Problem wird. Stundungen addieren sich, und plötzlich wird ein Betrag fällig, der einer Jahresmiete entsprechen kann.

Armutsfaktor: alleinerziehend

Eine große Gruppe unter Armutsbetroffenen oder Armutsgefährdeten sind Alleinerziehende.

Sie haben unter der Schließung von Schulen und Kindergärten besonders gelitten. Oftmals sind es Frauen, die in systemerhaltenden Berufen arbeiten, etwa in der Pflege, im Gesundheitsbereich oder im Handel. Sie mussten plötzlich Lösungen finden für das Problem, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen. Im schlimmsten Fall hat das zu Arbeitslosigkeit geführt, so Pirklbauer. Eine Studie der Wirtschaftsuniversität Wien zeigt, dass sich die Gründe für Armut von Alleinerziehenden im Zeitraum zwischen 2008 und 2019 kaum verändert haben. Es ist eine Kombination der Faktoren Erwerbsstatus, Anzahl der Kinder sowie das Alter des jüngsten Kindes im Haushalt. „Auffällig ist jedoch“, so die Studienautorin Heitzmann, „dass Herkunft eine viel stärkere Rolle spielt als noch 2008. Nicht-Österreicher:innen: innen haben ein deutlich höheres Armutsrisiko, der Anteil an Personen mit migrantischem Hintergrund hat bei Alleinerziehenden enorm zugenommen.“

Regierung will Armut halbieren

Die Zahl der Erwerbsarbeitslosen ist fast wieder auf Vorkrisenniveau zurückgegangen, und für einige ist auch das Ende der Pandemie schon absehbar. Martin Schenk warnt aber vor voreiliger Euphorie: „Wenn alle glauben, die Pandemie ist vorbei, ist es im Sozialbereich längst nicht vorbei.“ Soziale Verwerfungen treten zeitverzögert auf. Auch nach der Finanzkrise 2008 ist Armut erst Jahre später angestiegen. So war etwa Wohnungslosigkeit erst 2013 als Folge der Krise spürbar, unter anderem, weil Staaten nach Krisen Sparpakete schnüren, die oft mit Einschnitten im Sozial- und Gesundheitsbereich einhergehen. „Unsere Aufgabe wird es sein, eine postpandemische Strategie zu entwickeln, um ein verzögertes Abrutschen in Armut zu vermeiden“, so Schenk.

Geld allein löst das Armutsproblem nicht, lindert es aber.

Im Regierungsprogramm ist das Ziel definiert, Armutsgefährdung um 50 Prozent zu reduzieren. Das sei eine wichtige Vision, meint Heitzmann. Bisher sei, auch pandemiebedingt, jedoch wenig geschehen, um dieses Ziel zu erreichen. Die Abschaffung der Mindestsicherung und die Wiedereinführung der Sozialhilfe im Jahr 2019 hatten bereits massive Einschnitte im unteren sozialen Netz zur Folge, etwa Kürzungen im Bereich Wohnen, für Familien oder Menschen mit Behinderungen.

„Es hat wieder jene getroffen, die schon davor weniger Einkommen hatten", so die Armutsforscherin Karin Heitzmann von der WU Wien.

Wie wird Österreich armutsfest?

„Armut ist ein komplexes Phänomen. Man muss mehrere Schienen legen, damit Menschen erst gar nicht in die Situation von Armut kommen und sie auch nicht weitervererben", meint Pirklbauer. „Denn wer sich keine Winterkleidung kaufen kann, wird sich nicht über Schulaufgaben der Kinder den Kopf zerbrechen." Geld allein löst das Armutsproblem nicht, lindert es aber. Wichtig seien Chancengerechtigkeit in der Bildung, damit Armut nicht vererbt wird, ein Rechtsanspruch auf einen hochqualitativen Kindergartenplatz, damit Eltern die Möglichkeit haben, voll arbeiten zu gehen, eine Ganztagesschule, in der Kinder gefördert werden, auch wenn Eltern sich keine Nachhilfe leisten können, ausreichend therapeutische Angebote, vor allem für Kinder und Jugendliche. Oder am Beispiel Energiearmut: Die steigenden Preise machen einerseits eine rasche finanzielle Unterstützung dringlich, um nicht zwischen Essenkaufen oder dem Heizen der Wohnung entscheiden zu müssen. Genauso müssen andererseits Gebäude saniert und umgerüstet werden, damit alle Zugang zu energiefreundlichen Wohnungen haben, nicht nur jene, die es sich leisten können.

Was keinesfalls passieren darf, da sind sich Schenk, Heitzmann und Pirklbauer einig, sind Einschnitte im Sozialbereich und eine Senkung des Arbeitslosengeldes. Konzepte, um die Armut in Österreich einzudämmen, haben die Arbeiterkammer, Armutsforscher:innen und soziale Organisationen längst ausgearbeitet. Karin Heitzmann wird daher nicht müde zu betonen: „Wir müssen uns nichts Neues einfallen lassen. Wir kennen längst Wege aus der Armut, wir müssen sie nur gehen!" ◗

DREI FRAGEN ZUM THEMA

an Wolfgang Schmidt, der 2006 den Verein AMSEL – Arbeitslose Menschen suchen effektive Lösungen – in der Steiermark mitgegründet hat. Von Armut und existenziellem Druck durch keine oder zu wenig bezahlte Arbeit weiß die AMSEL ein Lied zu singen.

1 / Warum ein Verein von Arbeitslosen für Arbeitslose?
Das Sozialrecht ist so kompliziert, dass ich, obwohl ich Jus studiert habe, bei Weitem nicht alles weiß. Dieses Ausgeliefertsein von arbeitslosen Menschen hat mich dazu veranlasst, aktiv zu werden und AMSEL mitzugründen. Wir sind selbst Arbeitslose und wollen aus dieser Erfahrung heraus besser Informationen austauschen. Das könnte eine behördenabhängige Organisation niemals leisten, weil ihnen die Erfahrung von Arbeitslosigkeit ebenso wie die Vertraulichkeit fehlt.

2 / Wofür tritt AMSEL ein?
Wir wollen mitbestimmen, wenn es um unsere Lebenssituation geht. Mitsprache ist ein wichtiger Prozess demokratischer Willensbildung und Entscheidungsfindung. Wir sind 400.000 Betroffene und haben keine echte Vertretung. Warum nicht eine eigene Interessenvertretung für Arbeitslose? Wir möchten unser Wissen und unsere Erfahrungen als Arbeitslose in die Gesellschaft bringen: an die Sozialpartner, die Medien – und die Politik, die den Umgang mit uns Arbeitslosen regelt und zu verantworten hat.

3 / Welche Verbesserungen wünschen Sie sich noch für Arbeitslose?
Zuverdienstgrenzen, geringes Arbeitslosengeld und Zumutbarkeitsregeln bringen keine Vorteile. Wir fordern Verbesserungen für Arbeitslose, nicht um die sogenannte Hängematte weicher zu machen, sondern weil es auch für die bestehende Wirtschaftsordnung besser wäre, Menschen nicht in Existenznot zu treiben. Um bezahlte Arbeit zu finden, brauchen wir mehr Spielraum – und mehr Kaufkraft würde ja schließlich volkswirtschaftlich auch nicht schaden. Das beginnt bei einem höheren Arbeitslosengeld, daher machen wir auch mit beim Volksbegehren „Arbeitslosengeld rauf!".

Armut muss nicht sein

In Österreich sind 1,5 Millionen Menschen von Armut betroffen oder armutsgefährdet, prangert Erich Fenninger, Bundesgeschäftsführer der Volkshilfe Österreich, an. Wichtig ist ihm der Kampf gegen Kinderarmut, von der jedes fünfte Kind betroffen ist.

INTERVIEW ALEXIA WEISS

Arbeit&Wirtschaft: Die steigende Inflation beschäftigt uns seit Monaten, dazu kommen massive Erhöhungen bei den Energiekosten. Die Regierung versucht hier nun mit einem 150-Euro-Gutschein für all jene, die unter der Höchstbeitragsgrundlage in der Sozialversicherung liegen, gegenzusteuern. Wie sinnvoll sind solche Maßnahmen, wenn es um die Bekämpfung von Armut geht?

Erich Fenninger: Grundsätzlich ist es positiv zu bewerten, dass die Regierung versteht, dass Menschen aufgrund der hohen Inflation und des dramatischen Anstiegs der Preise für Energie Probleme haben. Was absolut unverständlich bleibt, ist, dass man jedem Österreicher und jeder Österreicherin 150 Euro zur Verfügung stellt, denn nicht alle haben so wenig Einkommen, dass sie das nicht selbst stemmen könnten. Wir wissen, dass etwa 1,5 Millionen Menschen von Armut oder Armutsgefährdung betroffen sind. Es wäre doch ein viel sinnvollerer Weg, hier zielorientiert jene zu unterstützen, die damit ein Problem haben, denken wir an die Menschen mit wenig Einkommen, die mittlerweile jeden dritten Euro für Energie und Wohnen verwendet werden müssen. Ein normaler Durchschnittshaushalt verwendet 18 Prozent für das Wohnen und Energie.

Armut zählt zu den Kernthemen der Volkshilfe. Sie haben nun bereits die Wohn- und Energiekosten angesprochen. Wo drückt sonst noch der Schuh?

Armut hängt mit Reichtum zusammen. Der Armutsforscher Christoph Butterwegge sagt zum Beispiel, es sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Bertolt Brecht hat darauf hingewiesen, wenn du reich bist, bin ich arm. Armut bedeutet primär nichts anderes, als kein Geld zu haben. Und in einer kapitalistischen, kommerzialisierten Konsumgesellschaft ist das von besonders hoher Relevanz. Geld ist ein Tauschmittel, das wir verwenden, um die eigene Existenz und die eigenen Bedürfnisse befriedigen zu können. Armutsbetroffene Menschen haben einfach zu wenig Geld in Relation zu anderen oder sie haben absolut kein Geld, um ihre primären Bedürfnisse zu befriedigen. Und daraus entstehen viele andere Schäden: Krankheitssymptome entwickeln sich, die Familien und Personen stehen unter Stress, sie sind nicht mehr Teil der Gesellschaft, sie werden ausgegrenzt, sie isolieren sich oftmals selbst, sie haben meistens einen geringeren Bildungsweg als andere.

ERICH FENNINGER

geb. 1963 in Bad Vöslau, seit 1985 in der Sozialarbeit tätig, zunächst für die Stadt Wien, später für die Volkshilfe Niederösterreich. Seit 2003 Bundesgeschäftsführer der Volkshilfe Österreich. Er ist verheiratet und Vater dreier Kinder.

Menschen ziehen sich also auch selber immer mehr zurück. Was braucht es da gesellschaftlich, dass das Tabu Armut nicht mehr so stark ist?

Ich glaube, dass Tabu ein Thema ist, aber wahrscheinlich ist es noch viel wichtiger zu identifizieren, dass mit ärmeren Menschen Politik gemacht wird, dass man ihnen ne-

Es sei unverzeihlich, meint Erich Fenninger von der Volkshilfe, „dass man es im sozialen Österreich nicht schafft, Kinderarmut abzuschaffen". Im urbanen Raum sei inzwischen jedes dritte Kind armutsbetroffen, im Landesschnitt jedes fünfte.

gative Eigenschaften unterlegt. Man tut so, als würde es sich um ein individuelles Versagen handeln. Man müsste aber zunächst prüfen, wie Armut entsteht. Und Armut hängt in Österreich und in anderen westlichen Staaten zusammen mit Erwerbstätigkeit. Es gibt viele, die von der Erwerbstätigkeit ausgeschlossen bleiben. Wir können wissenschaftlich nachweisen, dass das nicht auf individuelles Versagen zurückzuführen ist, sondern auf eine ökonomische Struktur. Zum Zweiten dürfen wir nicht unterschätzen, dass es zu einer Fragmentierung der Erwerbstätigkeit gekommen ist, dass wir für viele Tätigkeiten die Menschen nicht ausreichend bezahlen.

Wenn ich Ihnen zuhöre, entsteht der Eindruck, es braucht Umverteilung. Wie kann diese konkret ausschauen?

Wir brauchen eine Gesellschaft, wo wirklich jede:r von uns in der Lage ist, erwerbstätig zu sein, und auch das Recht hat auf Erwerbstätigkeit. Und zum Zweiten, dass er das Recht auf eine faire Entlohnung seiner Tätigkeit hat. Da ist viel in Österreich gelungen, aber gleichzeitig sehen wir, dass gerade die untersten Einkommensschichten, traditionell jene, die stärker manuell tätig sind oder in sozialen Bereichen, einfach unterbezahlt sind. Und vieles, was früher in Anstellungsverhältnissen passiert ist, wird heute in anderen freien oder selbstständigen Aktivitäten durchgeführt.

Die Gesellschaft hätte die Verantwortung, dass ein Ordnungsrahmen organisiert wird. Das passiert aber in einer neoliberalen Welt immer weniger, weil wir die letzten 30 Jahre beobachten müssen, dass der Finanzmarkt den Ordnungsrahmen für die

„Ich halte es für legitim, Vermögen zu besteuern und nicht die Tätigkeit der Menschen in den Vordergrund zu stellen.“

Erich Fenninger, Volkshilfe Österreich

Politik mehr gestaltet als die Politik den Ordnungsrahmen für das Kapital und für die Finanzwirtschaft. Und das wären die Dreh- und Angelpunkte. Global betrachtet wissen wir beispielsweise von Oxfam, dass acht Menschen so viel Vermögen haben wie 50 Prozent der Menschheit. Hier muss man entgegensteuern, national wie international.

Sie haben den Sozialbereich angesprochen, wo die Entlohnung traditionell sehr niedrig ist. Das ist auch ein Bereich, wo man, wenn man mit Arbeitgeber:innen spricht – auch die Volkshilfe ist hier ein Arbeitgeber –, zur Antwort bekommt: Wir würden gerne mehr zahlen, wir sind aber angewiesen auf öffentliche Gelder. Das bringt uns zum Steuersystem. Wie würde ein faireres Steuersystem aussehen?

Zunächst ist mir wichtig, über den Begriff Arbeitgeber:innen zu sprechen. Ich halte es für wichtig, dass wir uns in Erinnerung rufen, dass wir auch hier vom Wording her eine Verdrehung der Tatsachen tolerieren. Wir sind Menschen, die Arbeit geben, wir leisten Tätigkeit, ob das diplomierte Gesundheits- und Krankenpfleger:innen sind, Sozialarbeiter:innen, Menschen im Handel oder wo auch immer. Und die sogenannten Arbeitgeber:innen nehmen sich die Arbeit.

Das Zweite: Seitdem ich in Leitungsfunktion bin, kämpfe ich für bessere Entlohnung. Diese können wir nicht selbst finanzieren, weil Armutsbetroffene definitiv nicht in der Lage sind, Sozialarbeitsstunden zu finanzieren. Das heißt, natürlich muss es dann kollektiv finanziert werden. Ich glaube, dass wir trotz der Abhängigkeit von Fördergeldern auch den Mut haben müssen, dass wir im Sinne der Kolleg:innen laut sind.

Wie aber könnte nun ein gerechteres Steuersystem aussehen?

Das eine ist, dass wir sehen, dass das Vermögen an sich viel zu wenig besteuert wird. Menschen mit Kapital werden letztlich in Kombination mit den Prinzipien des Finanzmarktes ständig reicher. Wir können das auch empirisch messen. Zweitens geht es um eine bessere Versteuerung auch jener, die tätig sind und extreme Einkommen haben. Und man muss die Frage stellen, ob Rieseneinkommen zum Beispiel bei großen Konzernen wirklich noch rechtfertigbar sind. Ich halte es für legitim, Vermögen zu besteuern und nicht die Tätigkeit der Menschen in den Vordergrund zu stellen. Wenn wir auf den Mittelwert der OECD-Staaten kämen, hätten wir einige Milliarden mehr pro Jahr an Steuereinnahmen, die wir in Fairness investieren könnten.

Ein besonderes Anliegen ist Ihnen der Kampf gegen die Kinderarmut. Wie viele Kinder sind in Österreich von Armut betroffen und was bedeutet es für ein Kind, in Armut aufzuwachsen?

Jedes fünfte Kind in Österreich ist armutsbetroffen und das in einem der reichsten Länder der Welt. Im urbanen Raum ist es meist schon jedes dritte. Wenn wir es prozentuell betrachten, dann waren es vor zwei Jahren 18 Prozent, jetzt sind es 21 Prozent. Und vermutlich wird die Zahl im nächsten Jahr noch einmal ansteigen, aufgrund der Pandemie und der Folgeschäden. Auch hier ist es eigentlich unverzeihlich, dass man es im sozialen Österreich nicht schafft, Kinderarmut abzuschaffen. Das klingt vielleicht utopisch, ist es aber nicht.

Welche Einschränkungen erfährt ein Kind, das in Armut aufwächst?

Es sind massenhaft Einschränkungen. Zunächst, was offensichtlich ist, armutsbetroffene Kinder haben Eltern, die wenig Einkommen haben. Das Zweite ist, dass die Kinder in Wohnungen leben, die nicht schön sind, die vielleicht laut sind, dass die Wohnungen untertemperiert sind im Winter; sie sind überbelegt, sie haben hohe Energiekosten und hohe Mietpreise für eine absolut schlechte Qualität. Die Kinderzimmer sind meistens nicht gut ausgestattet, die Eltern haben keinen eigenen Raum für sich, sondern schlafen im Wohnzimmer.

Was bedeutet es für die Entwicklung eines Kindes? Wie organisieren sich Kleinstkinder einen Freundeskreis? Das organisieren sie sich noch nicht selbst, sondern die Eltern laden ein, andere Kinder kommen dazu, man feiert das Kind. Die armutsbetroffenen Kinder werden nicht gefeiert, weil der Wohnraum zu beengt ist, weil das Geld nicht vorhanden ist. Sie werden weniger gewürdigt, sie können nicht einem Sport nachgehen oder einer Kulturaktivität, von formalen Vereinen sind sie ausgeschlossen.

Dann kommen sie in die Schule, sie haben schlechtere Deutschkenntnisse und das nicht aus Migrationsgründen, auch eine schlechtere Visuomotorik, und ich sehe, dass sie massiv von Sorgen belastet sind. Alle Kinder sagen, sie haben Angst, sie haben Sorgen – Wohnungsverlust, Strom nicht zahlen zu können, am Ende des Mo-

nats ist zu wenig da zum Essen, die Kinder nennen das die „Toastbrotzeit“. Und wenn man sie fragt, was wünschst du dir, dann sagen sie Sorgenfreiheit.

In der Forschung würde ich sagen, eines der Schlüsselphänomene ist „Learning to live poor“. Die armutsbetroffenen Kinder sind nie interessengeleitet, weil sie wissen, dass die Eltern das nicht finanzieren können. Die sind pragmatisch und wollen eigentlich nur, dass die primären Bedürfnisse finanziert sind. Damit lernen sie, Armut zu akzeptieren. Sie gehen nicht in den Widerstand zu ihren Eltern, sie sind im Gegenteil hochkooperativ, sie schränken sich selbst ein, damit der Fortbestand der gesamten Familie irgendwie ermöglicht wird.

Erich Fenninger, Geschäftsführer der Volkshilfe, plädiert für eine Kindergrundsicherung: „Die Idee sollte auf eine halbe Seite Papier kommen, jeder würde sich auskennen. Für jedes Kind gleich viel.“

Sie haben daher das Modell einer Kindergrundsicherung entwickelt. Wie schaut das konkret aus?

Die Grundidee ist, dass wir im Sinn der Kinderrechte sagen: Okay, jedes Kind, das in Österreich lebt, sollte einfach einmal den gleichen Betrag bekommen, weil wir sie lieben, weil wir sie wertschätzen. Und dann sehen wir eine Differenz zwischen den Kindern, deren Eltern ausreichend Einkommen haben, und den anderen, die die Bedürfnisse der Kinder nicht befriedigen können. Warum sollte man also nicht eine einkommensabhängige Tangente dazu entwickeln, bei der die Kinder von armutsbetroffenen Eltern mehr bekommen, sodass ihre Bedürfnisse wirklich gedeckt werden.

Dieses Geld soll dann direkt an die Familien gehen? Muss man das beantragen?

Diese Idee einer Kindergrundsicherung sollte auf eine halbe Seite Papier kommen, jeder würde sich auskennen. Für jedes Kind gleich viel, rund 200 Euro, und darüber hinaus eine einkommensbezogene Tangente für Kinder in Haushalten, wo es nur 35.000 bzw. 20.000 Euro Jahreseinkommen gibt. Das wäre sehr simpel, das könnte die Republik aufgrund der Verknüpfung mit der Erwerbstätigkeit der Eltern direkt überweisen, und natürlich kommt das Geld bei den Familien an. Interessanterweise machen wir uns immer Sorgen, ob das bei den Armutsbetroffenen ankommt, aber wenn Familienbeihilfe oder der Familienbonus ausbezahlt wird, fragt kein Mensch, ob das in der Familie als Organ ankommt oder für die Kinder verwendet wird. Die Armutsbetroffenen, das kann ich empirisch wie aus der Praxis sagen, die sparen sich ihr Geld vom Mund ab und investieren es ins Kind.

Welcher Betrag müsste einem Kind pro Monat zur Verfügung stehen, damit es nicht arm ist?

Wir gehen davon aus, dass die Teilhabe eines Kindes in Österreich pro Monat 625 Euro kostet. Warum uns das vielleicht hoch erscheint: Es gibt schon jetzt Familientransferleistungen, und wir müssen nicht alles von unserer Erwerbstätigkeit finanzieren. Wir haben durchgerechnet, dass, wenn wir die Kindergrundsicherung einführen und das so staffeln, 200 Euro für alle und für die ganz Armen eben maximal 425 Euro dazu, das finanzierbar ist. Wenn ich jetzt nur die einkommensbezogene Tangente herausrechne, würde das die Republik in etwa 600 bis 700 Millionen Euro kosten.

Warum halten Sie diesen Ansatz für fairer als den Familienbonus, der nun von der Regierung erhöht wurde?

Es ist ein Steuerbonus, der nach der Familie benannt ist. Es ist also eine steuerliche Entlastung für Menschen, die mehr Steuern zahlen, und keine Hilfe für Menschen, die wenig Steuern zahlen. Aus diesem Grund gibt es ja auch rund ein Drittel der Arbeitnehmer:innen, die de facto nichts von diesem Familienbonus haben. Wir würden es gerne umdrehen, dass man allen Kindern die Anerkennung gewährt mit einem Fixbetrag und dann eine einkommensbezogene Tangente für die Kinder einzieht, die arme Eltern haben. Das wäre relativ simpel und würde auch eine Treffsicherheit mit sich bringen, damit die armutsbetroffenen Kinder von heute nicht die armutsbetroffenen Erwachsenen von morgen werden. ◗

& PODCAST

Das ausführliche Interview als Podcast finden Sie unter
www.arbeit-wirtschaft.at/podcast

Inflation plus X

Wegen der hohen Inflation sind die Lohnverhandlungen kompliziert. Doch die sind wichtig, damit die steigenden Preise die Arbeitnehmer:innen nicht ärmer machen. Dank üppiger Gewinne und guten wirtschaftlichen Prognosen ist die Ausgangslage gut.

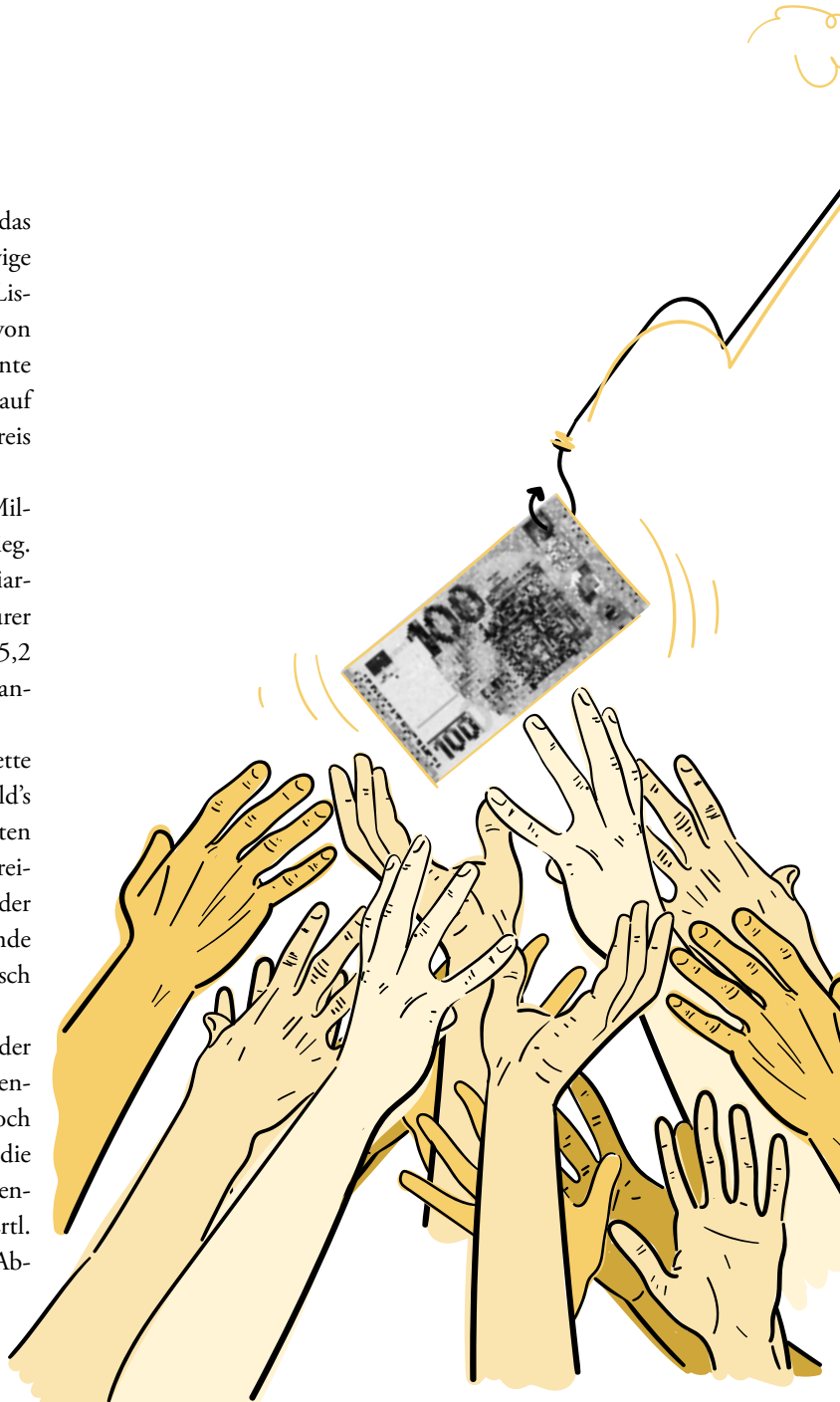
TEXT CHRISTIAN DOMKE SEIDEL

Gleich zu Beginn ein Blick in die USA. Der vereinfacht das Verständnis für die Inflation. Bernie Sanders, der ewige dritte Präsidentschaftskandidat, veröffentlichte eine Liste, auf der er die Gewinn- und gleichzeitigen Preissteigerungen von Unternehmen gegenüberstellte. Nach dieser Aufstellung konnte Amazon seine Gewinne im Jahr 2021 um 75 Prozent steigern – auf 35 Milliarden Dollar. Gleichzeitig erhöhte der Konzern den Preis für den Prime-Service in den USA um 16,8 Prozent.

Netflix habe seinen Gewinn beinahe verdoppelt – auf 5,3 Milliarden Dollar –, während der Abo-Preis um 10,7 Prozent stieg. Der Gewinn von Nike legte um 125 Prozent zu (auf 5,7 Milliarden Dollar), während sie die Sportartikel um 10,5 Prozent teurer machten. FedEx konnte gar 307 Prozent mehr erwirtschaften (5,2 Milliarden Dollar), nur um die Preise um 5,9 bis 7,9 Prozent anzuheben.

Das sind alles keine Einzelfälle. Auch die Restaurantkette Chipotle (+26 Prozent), Starbucks (+31 Prozent), McDonald's (+59 Prozent), Shell, ExxonMobil und BP (+60 Prozent) konnten ihre Gewinne drastisch steigern, während sie gleichzeitig die Preise anhoben. Inflation ist also kein Naturphänomen, auf das der Mensch keinen Einfluss hat. Was für Konsument:innen steigende Kosten sind, ist für nicht wenige Unternehmen nur der Wunsch nach höheren Profiten.

In Österreich läuft es nicht anders. In der Pandemie griff der Staat der Gastronomie mit einer temporären Mehrwertsteuersenkung unter die Arme. Die galt bis zum Jahresbeginn 2022. Doch die Rücknahme dieses Steuergeschenks hat dazu geführt, dass die Restaurants ihre Preise anheben. Die Rückkehr auf das Vorkrisenniveau müssen jetzt die Kund:innen ausbaden, erklärt Michael Ertl. Er ist Referent für Konjunktur- und Verteilungsfragen in der Ab-



Rainer Wimmer von der PRO-GE: „Eine hohe Inflation bedingt hohe Lohnabschlüsse. Denn die Menschen leiden unter der Preissteigerung massiv. Vor allem die, die nicht das große Geld verdienen. Die spüren die Energie- und Lebensmittelkosten."

teilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien sowie Lektor an der WU Wien. „Die Senkung der Mehrwertsteuer in der Gastronomie und Hotellerie war temporär und diente zur Absicherung in der Krise. Sie wurde am Jahresanfang zurückgenommen. Jetzt deuten Studien und erste Zahlen darauf hin, dass diese Anhebung der Steuer auf das Normalniveau zum Teil an die Verbraucher:innen weitergegeben wird."

Noch extremer ist es bei den Energieversorgern. Österreich ist gebenedeit mit Wasserkraft und bezieht 81 Prozent seines Stroms aus erneuerbaren Quellen. Ertl: „Bei Energieunternehmen, die Strom aus erneuerbaren Quellen bekommen, sind die Produktionskosten nicht gestiegen, sie verkaufen den Strom aber trotzdem zum Marktpreis, der aktuell extrem hoch ist. Dadurch entstehen enorm große Gewinnmargen."

Trotz des Krieges in der Ukraine ist auch der Ölpreis längst nicht so stark gestiegen, wie einen die Tankstellen glauben machen wollen. Die OPEC-Länder hatten noch vor der russischen Invasion die Fördermenge erhöht. Große Abnehmerländer wie die USA begannen gleichzeitig, ihre enormen Reserven aufzulösen, die sie zu Beginn der Corona-Pandemie aufgebaut hatten. Dennoch stiegen die Preise für Heizöl, Benzin und Diesel um über 20 Prozent. Eine „Gewinn-Preis-Spirale" nennt das Ertl. Ein Begriff, der aktuell wichtig ist. Denn es stehen Lohnverhandlungen an. In Zeiten hoher Inflation wie jetzt ist eines der populistischsten Argumente gegen steigende Löhne, dass sie die Preissteigerungen nur noch weiter befeuern würden.

„Wenn die Hysterie kommt, dass steigende Löhne die Inflation antreiben, sollte man auch einmal den Perspektivenwechsel wagen: Die Unternehmen machen in einzelnen Branchen sehr gute Gewinne dank hoher beziehungsweise steigender Preise. Das führt dazu, dass die Inflation weiter steigt", fasst Ertl die Situation zusammen (siehe Beispiele aus den USA). Zumal das Argument dem eigentlichen Sinn von Lohnverhandlungen völlig zuwiderläuft, wie Ertl erklärt: „Es geht bei den Lohnverhandlungen darum, dass die Kaufkraft erhalten bleibt. Dafür muss die Inflation berücksichtigt werden, damit das Realeinkommen nicht sinkt."

Strom aus erneuerbarer Energie in Österreich

Quelle: Österreichische Energieagentur

Rainer Wimmer, PRO-GE-Vorsitzender und SPÖ-Abgeordneter zum Nationalrat sowie Bereichssprecher für Industrie, ist einer der Verhandler, die für die Arbeitnehmer:innen einen möglichst guten Abschluss herausholen sollen. Der ist notwendig, wie er betont: „Eine hohe Inflation bedingt hohe Lohnabschlüsse. Denn die Menschen leiden unter der Preissteigerung massiv. Vor allem die, die nicht das große Geld verdienen. Die spüren die Energie- und Lebensmittelkosten." Und die Gesamtwirtschaft könne sich mehr Lohn auch leisten, schließlich liege ein starkes Wachstum hinter und vor den Unternehmen.

Liegt der Lohnabschluss auf dem Niveau der Inflation, verdienen Arbeitnehmer:innen allerdings real nicht mehr. So können sie sich lediglich weiterhin die gleiche Menge an Waren leisten. Im Jahr 2021 stiegen die Preise um 2,8 Prozent. Allerdings im Jahresschnitt. Im November 2021 lag die Teuerung bei 4,3 Prozent und kletterte auf 5,9 Prozent im Februar 2022. Etwa ein Drittel der Preissteigerungen machen dabei die Energiekosten aus.

Um sich auch wirklich mehr leisten zu können, muss bei den Lohnverhandlungen auch die gestiegene Produktivität berücksichtigt werden – Beschäftigte erwirtschaften in ihrer Arbeitszeit eben immer mehr. Die wuchs im zweiten Quartal 2021 um 7,5 Prozent und im dritten um 2,4 Prozent. Entsprechend gibt sich Wimmer für die anstehenden Verhandlungen optimistisch: „Wir setzen auf der Inflationsrate auf. Dann schauen wir, dass die Arbeitnehmer:innen auch etwas von der gesteigerten Produktivität bekommen. So ergibt sich ein Lohnabschluss."

Diskussionen vorprogrammiert

Die Frage ist natürlich, ob die Unternehmen auch mitziehen. Da ist Wimmer erst einmal skeptisch. „Es ist immer dasselbe: Vor der Krise geht es nicht, in der Krise muss man sparen, und nach der Krise muss man das Pflänzchen gut behandeln, um das Wachstum nicht gleich wieder abzuwürgen." Da sich die Ausgangslage von Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen deswegen grundsätzlich unterscheide, komme es zu handfesten Diskussionen, so Wimmer. Seine Erfahrung sei aber, dass die Vertreter:innen der Gesamtwirtschaft für Fakten und fundierte Argumente durchaus zugänglich seien.

Wichtig sei aufseiten der Gewerkschaften vor allem die Kommunikation. Hier finden unzählige Berufsgruppen mit unterschiedlichsten Voraussetzungen ein Dach. Eine Abstimmung ist vor den Verhandlungen unumgänglich. Schließlich haben alle in Zeiten der hohen Inflation das gleiche Ziel. Es gilt, den Lebensstandard mindestens zu sichern und möglichst sogar zu verbessern. ◗

DREI FAKTEN ZU REAL- UND NOMINALLOHN

1 / Wichtiger Unterschied

Zwei Aspekte sind bei Lohnverhandlungen von zentraler Bedeutung. Zum einen die Inflation. Wird sie ausgeglichen, sinkt das Realeinkommen nicht. Und zweitens die steigende Produktivität der Arbeitnehmer:innen. Wird sie berücksichtigt, kann das Realeinkommen nicht nur stabilisiert, sondern gesteigert werden. Entsprechend wird zwischen Reallöhnen und Nominallöhnen unterschieden. Beide beziehen sich im Zusammenhang mit Lohnverhandlungen auf das Entgelt. Bei den Nominallöhnen wurde der harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) aber noch nicht mit eingerechnet. Oder anders: Nur wenn auch der Reallohn steigt, können sich die Arbeitnehmer:innen auch mehr kaufen. In den vergangenen Jahren hat das in Österreich sehr gut funktioniert.

2 / Wilde Entwicklung

In den zehn Jahren vor der Coronakrise stiegen die Nominallöhne in Österreich jährlich. Sechsmal erreichten die Verhandler:innen sogar eine Reallohnsteigerung. Lediglich 2010 (um 0,4 Prozent), 2011 (um 1,2 Prozent) und 2017 (um 0,6 Prozent) sank der Reallohn minimal. Im Jahr 2021 stagnierte er. Zwischen 0,1 und 1,8 Prozent betrug in den restlichen Jahren die Steigerung der Reallöhne.

3 / Die Perspektive

Gute Aussichten also für die kommenden Verhandlungsrunden. Bereits im November 2021 kam es zu einem Abschluss in der Transportbranche. Im Jänner 2022 wurden die Löhne dort um 4,96 Prozent angehoben. 2023 und 2024 folgt eine weitere Erhöhung. Ausverhandelt wurde, die Löhne um die Jahresinflation plus 0,5 Prozent anzuheben. Für die Unternehmen ist durch diesen Abschluss, der drei Jahre umfasst, Planungssicherheit gegeben. Karl Delfs, Bundessekretär des Fachbereichs Straße in der Gewerkschaft vida, rechnet vor, dass sich in dieser Zeit die Lkw-Fahrer:innen über insgesamt elf Prozent mehr Lohn freuen können.

BLOG

Arbeit&Wirtschaft

Adi Buxbaum, Referent in der Abteilung Sozialpolitik der AK Wien
Nikolai Soukup, Referent in der Abteilung Sozialpolitik der AK Wien

Zusammengefasst von Anja Melzer

Den Sozialstaat 2022 progressiv weiterentwickeln

Die gute Nachricht vorweg: Der Sozialstaat hat mit einer historisch hohen Sozialquote viele der sozialen Verwerfungen der Pandemie spürbar eingedämmt. Gleichzeitig wurden aber auch Lücken in der sozialstaatlichen Absicherung stärker sichtbar, und die neu eingeführten Ad-hoc-Maßnahmen im Rahmen der Bekämpfung der Folgen der Corona-Krise waren teils nur Einmalzahlungen und bedeuten keine langfristigen Weichenstellungen. Diese Lücken dürfen nicht beschönigt werden: Sie reichen von der zu geringen Absicherung durch ein im europäischen Vergleich niedriges Arbeitslosengeld über die hohe Belastung von Alleinerziehenden, Versorgungslücken bei der medizinischen und beruflichen Rehabilitation bis hin zu mangelnder Unterstützung für Solo-Selbstständige. Österreichs Sozialpolitik steuerte in der jüngeren Vergangenheit oftmals in die rückwärtsgewandte Gegenrichtung: So wurden negative Vorurteile gegenüber Armutsbetroffenen, Arbeitsuchenden und Schutzsuchenden bewusst geschürt, die Höchstarbeitszeit auf zwölf Stunden erhöht und eine höhere Bildungsmobilität verhindert. Selbst in den Sozialversicherungen, in denen nur Arbeitnehmer:innen versichert sind, haben nunmehr Arbeitgebervertreter:innen das Sagen. Die Kürzungen bei der Sozialhilfe treffen Familien mit mehreren Kindern besonders hart. Auch frauenpolitisch sind die letzten Jahre wohl als besonders „bittere Jahre" zu bewerten. Anstatt auf den gleichstellungsfördernden Ausbau des Angebots an Kinderbetreuung und professionellen Pflegeeinrichtungen zu setzen, wurden mit dem Familienbonus besser verdienende Haushalte begünstigt.

Dabei könnte jede Bundesregierung bereits auf international etablierte Konzepte und progressive Debattenstränge aufbauen: Schließlich fordern immer mehr Stimmen in der wissenschaftlichen und politischen Debatte dazu auf, „bei der Gestaltung der Politik die Menschen und ihr Wohlergehen in den Mittelpunkt zu stellen", wie es etwa ein Dokument des Rats der EU ausdrückt. Dazu zählt auch die OECD, die in einem aktuellen Bericht über die Auswirkungen der Pandemie auf gesellschaftliches Wohlergehen vor einer Rückkehr der Regierungen zum business as usual von vor der Krise warnt. Eines ist klar: Es gilt, keine Zeit zu verlieren.

So bekommen Sie alle aktuellen Beiträge direkt in Ihr Postfach:
A&W-Blog abonnieren unter awblog.at/blog-abo

Der Index und der Reallohn

Die Hyperinflation nach dem Ende des Ersten Weltkriegs drohte die Lohnerhöhungen aufzufressen. Mit dem „Lohnindex" setzten die Gewerkschaften eine Teilanpassung an den sinkenden Geldwert durch und sicherten damit die Existenz vieler Familien.

TEXT BRIGITTE PELLAR

Im Jahr 1924 war der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen gegenüber der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg um sechs Prozent gestiegen – fast ein Wunder angesichts der Ausgangslage und wesentlich den Gewerkschaften zu verdanken. Die Ausgangslage, das waren ein von der Kriegspolitik der Monarchie geerbter Verfall des Geldwerts, der dazu führte, dass sich die meisten Menschen, nicht nur die Armen, kaum genug zum Leben leisten konnten, und eine Inflationskonjunktur, die zwar Arbeitsplätze schuf, aber die Lohnerhöhungen auffraß. Die Kluft zwischen den reichen Inflationsgewinnler:innen und dem Rest der Bevölkerung wurde immer größer. Arbeiterkammerexpertin Käthe Leichter beschrieb die Situation in ihrem Beitrag zur Gewerkschaftsgeschichte der Ersten Republik: „Aufreizend sind die Gegensätze. … Frauen, einem wandelnden Juwelierladen gleichend, begegnet man auf den Straßen. Das Elend anderer schleicht nebenher."

Die Reichskommission der Freien Gewerkschaften versuchte, die Notbremse zu ziehen, um den Arbeitnehmer:innenfamilien wenigstens einen kleinen Anteil vom Wirtschaftsaufschwung zu sichern. Sie setzte Ende 1919 ein Übereinkommen mit den Arbeitgeber:innenorganisationen durch, das die Lohnauszahlung anhand einer „gleitenden Lohnskala" vorsah. Das heißt, es gab den Kollektivvertragslohn als festen Betrag und dazu einen flexiblen „Indexlohn", eine Aufzahlung nach einem statistischen Lebenshaltungskostenindex, ohne dass die Arbeitsmarktparteien angesichts der Geldentwertung jede Woche neu verhandeln mussten. Die per Gesetz geschaffene zehnköpfige zentrale „Indexkommission", die die Richtwerte festlegte, war eines der ersten sozialpartnerschaftlichen Problemlösungsinstrumente. Der Arbeitnehmer:innenseite gehörten ein Delegierter der

Zählen von Inflationsgeld in einer österreichischen Bank nach 1918. Die rasante Geldentwertung wurde ab 1921 durch eine inkompetente Finanzpolitik weiter beschleunigt.

Obwohl es also keinen verbindlichen Verbraucherpreisindex wie in der Zweiten Republik gab, funktionierte der Problemlösungsmechanismus zunächst gut.

© Picturedesk / Illustrated London News 1855, Sammlung Frauenmuseum Hittisau | ÖNB-ANNO/Muskete 15.5.1919, 8.

Gewerkschaftskommission und drei Delegierte der Arbeiterkammer an, die Regierung war durch Beamte des Sozialministeriums und des Bundesamts für Statistik vertreten. Die Expert:innenriege kam aus dem Marktamt und dem Wohnungsamt der Gemeinde Wien, den Konsumgenossenschaften und den großen Konfektionsfirmen.

Die meisten paritätischen Kommissionen, die die Höhe des Indexlohns auf Branchenebene bestimmten, hielten sich an die Berechnungen der Indexkommission, andere bevorzugten die Berechnungen des Bundesamts für Statistik, für die Metallindustrie gab es eigens erstellte Indexzahlen, und in etlichen Bundesländern hielt man ebenfalls die Berechnungen der zentralen Kommission für ungeeignet, weil sie zu einseitig von der Wiener Situation ausgingen. Obwohl es also keinen verbindlichen Verbraucherpreisindex wie in der Zweiten Republik gab, funktionierte der Problemlösungsmechanismus zunächst gut. Auch die Unternehmer:innen hatten ja Interesse daran, dass sie im beginnenden Wirtschaftsaufschwung nicht ständig mit Lohnforderungen und Arbeitskämpfen konfrontiert wurden.

Karikatur im wirtschaftsliberalen Satireblatt „Muskete" 1919. Die Versuche, trotz Hyperinflation die Reallöhne zu stabilisieren, und die oft damit verbundenen Streiks werden aufs Korn genommen.

Das änderte sich nach den Nationalratswahlen im Oktober 1920, als die Sozialdemokratie in Opposition ging. Die Vertreter:innen der Sozial- und Wirtschaftsbehörden machten nur mehr halbherzig mit, und auf Unternehmer:innenseite verweigerte man immer häufiger das Auszahlen des vollen Indexlohns. Die Gewerkschaften verlangten natürlich die Einhaltung der Vereinbarungen oder sahen sich ihrerseits nicht mehr verpflichtet. Die Lohnkämpfe nahmen zu und die erkämpften Lohnerhöhungen trugen ohne Zweifel zur weiteren Beschleunigung der Inflation bei. Sie waren aber nicht die entscheidende Ursache für den fast vollständigen Absturz der österreichischen Währung 1922, als der Geldwert innerhalb von drei Monaten so viel abnahm wie vorher in drei Jahren. Vielmehr hatte ein unfähiger Finanzminister, gedeckt durch seine Regierungskollegen, die durchaus vorhandene Chance vertan, Budget und Währung unter sozial und wirtschaftlich halbwegs erträglichen Bedingungen in Ordnung zu bringen. Die aktuelle Inflation ist im Vergleich zu 1922 verkraftbar, Problemlösungen zulasten der vielen sind dagegen leider wieder einmal auf der politischen Tagesordnung. ◗

Inflationsschock, und dann?

Nachdem die statistische „Happy Hour"-Inflation vorbei ist, treibt nun der Krieg in der Ukraine die Teuerung hierzulande noch weiter nach oben. Der Handlungsspielraum der Regierung ist begrenzt, doch muss sie vor allem Geringverdiener:innen schützen, fordert Ökonom Oliver Picek.

INTERVIEW JOHANNES GRESS

Arbeit&Wirtschaft: Seit Monaten wird hierzulande vor einer Inflation gewarnt – was wäre so schlimm daran?

Oliver Picek: Inflation ist definiert als eine allgemeine Steigerung des Preisniveaus. Es geht nicht darum, dass ein einzelnes Gut oder eine einzelne Dienstleistung irgendwie teurer wird, sondern dass die Preise von sehr vielen Gütern und Dienstleistungen, die wir täglich, wöchentlich oder jährlich konsumieren, allesamt ansteigen. Ein gewisses Maß an Inflation ist in Ordnung, die Europäische Zentralbank (EZB) hat diesen Wert auf zwei Prozent pro Jahr festgesetzt. Ein bisschen Inflation ist ein Schmiermittel für die Wirtschaft. Alles, was darüber hinausgeht, über diese zwei Prozent, will man vermeiden. Denn irgendwann, beispielsweise bei 20 Prozent Inflation, ist mein Gehalt am Ende des Monats schon weniger Wert als zu Beginn des Monats.

Die Inflation war in den vergangenen Monaten überdurchschnittlich hoch. Woran liegt das?

Dafür gibt es mehrere Gründe. Zum einen sind es die Lieferschwierigkeiten, die während der Pandemie aufgetreten sind. Der dadurch verursachte Anstieg der Transportkosten führt dazu, dass die Preise für viele Güter ansteigen. Zum anderen haben Gastronomie und Tourismus, nachdem sie einige Zeit geschlossen waren, beim Wiederaufsperren sofort die Preise erhöht. Sie wussten, die Leute wollen in den Urlaub fahren, wollen konsumieren. Das hat die Gastronomie und die Hotellerie ausgenutzt, um ihre Gewinne entsprechend zu erhöhen. Dadurch würde sich aktuell wohl eine Inflationsrate von 2,5 oder drei Prozent ergeben.

Hinzu kommen statistische Effekte. Wie auch andere Länder hat Österreich während der Pandemie im Bereich Gastronomie und Hotellerie die Mehrwert- und die Umsatzsteuer gesenkt. Dadurch ergibt sich eine Art „Happy-Hour-Effekt": Wenn in einer Bar ein Cocktail gewöhnlich zehn Euro kostet und während der Happy Hour nur noch fünf Euro, dann kann ich nach Ende der Happy Hour einen enormen Preisanstieg messen. Aber eigentlich ist der Cocktail genauso teuer wie vor der Happy Hour. Dadurch kam es in der Vergangenheit, statistisch bedingt, auch zu erhöhten Inflationsraten, obwohl in Wirklichkeit die Preise nur auf das Niveau vor der Pandemie zurückgekehrt sind.

Also eigentlich sollte sich das Problem von selbst erledigen?

Ja, die meisten Expert:innen sind davon ausgegangen, dass die Inflation, nachdem der „Happy-Hour-Effekt" verpufft ist, auch wieder zurückgeht – bis dann im Sommer/Herbst 2021 die Energiepreise stark angestiegen sind. Das ist der Haupttreiber für die aktuelle Inflation. Der Grund für den Anstieg ist Russland, das schon Monate vor dem Krieg in der Ukraine begonnen hat, weniger Gas in die europäischen Gasspeicher einzuspeisen. In Österreich wurden die Speicher vergangenen Sommer nicht auf das übliche Niveau aufgefüllt. Dadurch sind die Preise gestiegen. Das lässt sich auch nicht so leicht kompensieren, wir sind abhängig von diesem Gas. Und weil in jeder Produktion Energie drinsteckt, sind die Auswirkungen in vielen anderen Bereichen spürbar.

Wer ist von dieser Entwicklung am stärksten betroffen?

Am stärksten betroffen sind Haushalte, die Probleme haben, diese Teuerung zu bewältigen. Die Mindestpension oder die Mindestsicherung wird nur einmal jährlich an die Inflation angepasst – wenn zwischen-

Oliver Picek, geb. 1986, hat Volkswirtschaftslehre in Wien, Paris und New York studiert. Er ist Senior Economist beim Momentum Institut und forscht hauptsächlich zu Makroökonomie, Arbeitsmarkt, Budget und Steuern.

„Wir brauchen eine dauerhafte, nachhaltige Anpassung, denn die Inflation wird morgen nicht vorbei sein."

Oliver Picek, Senior Economist Momentum Institut

zeitlich ein solcher Energiepreisschock kommt, dann werden bereits unter dem Jahr die Gas- oder Stromrechnung oder die Lebensmittel teurer. Dadurch gibt es Familien, die sich fragen müssen, ob sie lieber die Wohnung warm halten oder mehr zum Essen kaufen. Die Regierung hat jetzt einen Teuerungsausgleich beschlossen, der hat etwas geholfen. Aber gerade für sogenannte „energiearme Haushalte" hat das nicht gereicht, denen fehlen im Schnitt immer noch 250 Euro. Energiearme Haushalte sind gleich mehrfach betroffen: Sie haben wenig Einkommen, geben einen überproportional großen Teil davon für Energie aus und verbrauchen überdurchschnittlich viel Energie, weil sie in schlecht isolierten Wohnungen leben oder mit Gas oder Radiatoren heizen müssen. Hier muss man sich politisch etwas überlegen!

Inwiefern kann die Bundesregierung gegen die Inflation überhaupt ankämpfen? Auf den Krieg in der Ukraine oder die Geldpolitik der EZB kann sie kaum Einfluss nehmen …

Ich würde sagen: Sie ist ein Passagier, der mitfährt und minimal ins Lenkrad greifen kann. Der Kurs und das Ziel werden anderswo bestimmt. Man könnte beispielsweise Geld aus dem System nehmen, indem man die Senkung der Körperschaftsteuer, die alleine nächstes Jahr 500 Millionen Euro kosten wird, zurücknimmt. Aber insgesamt kann man so viel nicht machen. Es bleibt natürlich zu hoffen, dass der Krieg in der Ukraine möglichst bald vorbei ist, Russland wieder zur Vernunft kommt. Dadurch könnte man Sanktionen zum Teil wieder aufheben, die Nervosität auf den Märkten wäre geringer – und dann könnte es auch schnell wieder vorbei sein mit diesem Inflationsschock.

Was kann die Regierung mit Blick auf Lohnabhängige trotzdem tun?

Für die geringen Einkommen muss man die Sozialleistungen an die Teuerung anpassen. Wir haben einige Sozialleistungen, die in den letzten 20 Jahren nicht angepasst wurden. Beispielsweise die Studienbeihilfe, das Pflegegeld oder die Familienbeihilfe. Noch wichtiger wäre, jene Versicherungs- und Sozialleistungen, die die breite Masse beziehen, wie Mindestpension, Mindestsicherung und Arbeitslosengeld, anzuheben, um auszuschließen, dass Bezieher:innen unterhalb der Armutsschwelle leben müssen. Hier braucht es eine dauerhafte Anhebung. Einmalzahlungen, wie sie die Bundesregierung bisher vorgenommen hat, reichen nicht aus. Wir brauchen eine dauerhafte, nachhaltige Anpassung, denn die Inflation wird morgen nicht vorbei sein. Würde die Regierung diese Versicherungs- und Sozialleistungen anheben, wäre viel Not gelindert. Die Sozialpartner wiederum müssen schauen, dass die Löhne mit der Teuerung halbwegs mithalten können. Ein effektiver Mindestlohn von 1.800 Euro würde zudem Geringverdiener:innen besser schützen. ◗

Alles für die Fisch'

Hohe Kosten für den Faktor Arbeit gelten im Produktionssektor als großer Standortnachteil. Die Lohnkosten in Island zählen zu den höchsten Europas, dennoch sind hier arbeitsintensive Betriebe international konkurrenzfähig. Wie stellt sich das aus Sicht von Beschäftigten dar? Ein Lokalaugenschein.

TEXT MARKUS ZAHRADNIK

Ein Fischkutter im Hafen von Heimaey, der Hauptinsel des Vestmannaeyjar-Archipels im Süden von Island. Island ist eine Fisch-Weltmacht: Der jährliche Fang beläuft sich auf knapp 1,1 Millionen Tonnen – und damit auf mehr als in Kanada, Spanien, Frankreich oder dem Vereinigten Königreich.

Thermo-Unterwäsche und zwei Paar Socken. Handschuhe und Stiefel aus dickem Gummi. Arbeitsmantel, Haarnetz und Plastikschürze. Und natürlich Gehörschutz, auf diesen sollte man nicht verzichten. Gut gerüstet steigen wir die Treppe aus dem stillen, warmen und nach Kaffee duftenden Pausenbereich in die Produktionshalle hinunter – und stehen plötzlich in einer Welt aus Kälte und Lärm. Über einem Untergrund aus blauem Beton und Metallgittern verläuft ein Labyrinth aus Förderbändern, das Fische in unterschiedlichsten Größen und Zuständen durch den Raum bewegt, zu einer Vielzahl von Stationen, an denen sie geschnitten und gereinigt werden, kontrolliert und verpackt oder einfach nur auf große Haufen fallen.

Man würde erwarten, dass der Geruch von Fisch in der Luft liegen sollte, denn Fisch ist überall – selbst am Boden und rasch auch an den Gummistiefeln –, doch dafür ist es zu kalt. Stattdessen ist die Luft erfüllt von Geräuschen: das Surren von Motoren, das Dröhnen von Ventilation, das Plätschern von Wasser und das Krachen von zerstoßenem Eis, metallisches Klappern und der Klang von Schnitten an den Arbeitsplätzen. Diese drängen sich an den Rändern der Halle, und an einem von ihnen – in einer Reihe von Leuchttischen an einem Förderband – sitzt Maria Wiktoria. „Das hier bei Leó Seafood", sagt sie, „ist ein Arbeitsplatz, wie man ihn sich nur wünschen kann."

Schneiden und verpacken, Familie und Freizeit

Leó Seafood ist ein fischverarbeitender Betrieb auf Heimaey, der Hauptinsel des Vestmannaeyjar-Archipels im Süden von Island. Das mittelständische Unternehmen hat rund 80 Beschäftigte, in der Fangsaison bis zu 100, bei einem Frauenanteil von 60 Prozent. Maria Wiktoria ist eine von ihnen: Die polnische Handelsakademie-Absolventin ist vor zehn Jahren nach Heimaey gezogen, mit ihrem damals zweijährigen Kind und ihrem Partner, der eine Stelle bei einem anderen Unternehmen antrat. Sie begann bei Leó Seafood zu arbeiten – mittlerweile sind beide hier beschäftigt.

Marias Berufseinstieg war „wie bei allen anderen auch: schneiden und verpacken", mittlerweile ist sie mit Qualitätskontrolle befasst. Was ist es, das die Arbeit hier in ihren Augen trotz der auf den ersten Blick rauen Bedingungen so auszeichnet?

Im lokalen Vergleich mit anderen fischverarbeitenden Betrieben auf der Insel gibt es keine Nachtschicht, das fixe Arbeitsende am frühen Nachmittag sei ein Segen für Familienleben und Freizeit, so Maria. Im internationalen Vergleich sprechen für Island die starken Arbeitnehmer:innenrechte, die soziale Absicherung sowie die Gleichstellung. Maria hat den unkomplizierten Umgang mit Krankenstand und Kinderbetreuung zu schätzen gelernt. Das Karenzmodell gehört zu den progressivsten in Europa und verringert Ungleichheiten zwischen Elternteilen. Dem Gender-Pay-Gap werden gesetzlich laufend mehr Riegel vorgeschoben. Und wenn wir schon beim Thema Bezahlung sind: „Mit dem Geld", sagt Maria, „gibt es hier keine Probleme."

Gunnar Páll Hálfdánsson, im Management von Leó Seafood: „Wir blicken sicher nicht mit dem Gedanken auf unsere sozialen Errungenschaften, dass sie ein Klotz am Bein sein könnten."

Ein wichtiger Faktor in der Produktion sind die Energiekosten. Was die betrifft, ist Island in einer privilegierten Situation. Elektrizität wird hier dank Wasserkraft und Geothermie zu 100 Prozent erneuerbar produziert und ist dadurch billiger als in fast allen EU-Staaten. Zudem ist der Bedarf an Kühlung – die in der Fischverarbeitungsbranche fast drei Viertel des Energieverbrauchs ausmacht – deutlich geringer als in südlicheren Breiten. Auf einem anderen Blatt steht die Sache mit den Arbeitskosten: In Island betrug das Durchschnittseinkommen im Jahr 2020 laut OECD mehr als 70.000 Euro. „Wir stehen im Wettbewerb mit Unternehmen in Ländern, in denen die Löhne bloß ein Viertel von dem betragen, was wir hier zahlen", sagt Gunnar Páll Hálfdánsson.

Gunnar Páll ist als Projektleiter im Management von Leó Seafood. Er kam zum Unternehmen, um neue Maschinen zu implementieren, und kümmert sich nun sowohl um Arbeitsabläufe als auch um den Verkauf: „Alle machen das, was gerade gemacht werden muss – wir sind ein familiärer Betrieb." Und zwar einer mit substanziellem Output: Jährlich werden hier 7.000 Tonnen an Meerestieren verarbeitet – das ist fast ebenso viel, wie in ganz Albanien gefangen wird, immerhin ein Mittelmeerstaat mit der siebenhundertfachen Einwohner:innenzahl von Heimaey. In ganz Island beläuft sich der jährliche Fang auf knapp 1,1 Millionen Tonnen – und damit auf mehr als in Kanada, Spanien, Frankreich oder dem Vereinigten Königreich.

Maria Wiktoria aus Polen, bei Leó Seafood in der Qualitätssicherung am Förderband: „Das hier ist ein Arbeitsplatz, wie man ihn sich nur wünschen kann."

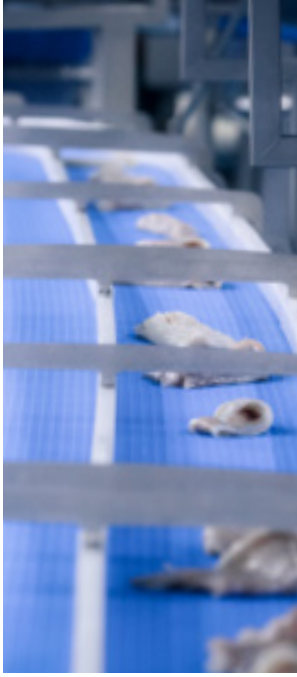
Island ist eine Fisch-Weltmacht. Trotz der hohen Lohnkosten, einem Faktor, der bei Leó Seafood überdurchschnittlich zum Tragen kommt: Die hier verarbeiteten Fische – etwa Seelachs, Kabeljau oder Schellfisch – sind Grundfische, der Arbeitsaufwand ist pro Tonne viel höher als bei Freiwasserfischen wie Heringen oder Makrelen. Hat Island einen Standortnachteil? Stehen die gute Entlohnung und die strikten Arbeitnehmer:innenrechte dem ökonomischen Erfolg im Weg? „Was uns beeinträchtigt, ist, wenn die Produktion in anderen Staaten – vor allem in der EU – durch Subventionen künstlich verbilligt wird", sagt Gunnar Páll: „Wir blicken sicher nicht mit dem Gedanken auf unsere sozialen Errungenschaften, dass sie ein Klotz am Bein sein könnten."

Der Fotograf Bjarni Þór Georgsson kennt Leó Seafood von Beginn an: „Diese Firma sollte ein familiärer Ort werden, und wenn ich heute darauf blicke, hat sich der Vorsatz offenbar eingelöst."

Jede:r ist bei der Gewerkschaft

Diese Einstellung ist in Island tief verankert. Das Land wurde im Frühmittelalter von Wikingern besiedelt, die Natur war feindselig, die Anzahl der Menschen gering – Zusammenarbeit war unumgänglich, Solidarität gesellschaftlich überlebensnotwendig. Dies ist auch ein Erklärungsansatz für den Stellenwert, den die Gewerkschaften haben. Neben Kollektivvertragsverhandlungen, Rechtsberatung und Streikfonds – die allesamt auch den nicht organisierten Erwerbstätigen zugutekommen – bilden die Gewerkschaften eine tragende Säule des Sozialversicherungssystems. Brillen, Zahnersatz, Physiotherapie, Entgeltfortzahlung, psychologische Unterstützung: Die Gewerkschaften springen ein. Der Organisationsgrad ist der höchste aller OECD-Staaten, im Jahr 2020 waren 92,2 Prozent der Arbeitnehmer:innen Mitglieder in den mehr als 200 nationalen und regionalen Vertretungen. Und bei Leó Seafood? „Noch mehr. Hundert Prozent. Jede Arbeiterin, jeder Arbeiter hier ist bei der Gewerkschaft", sagt Ragnheiður Sigurkarlsdóttir.

Ragnheiður ist die gewerkschaftliche Vertrauensperson bei Leó Seafood und übernimmt als Sprachrohr und Schlichterin viele Aufgaben einer Betriebsrätin, allerdings ohne direkte betriebliche Mitbestimmung, die in Island nicht in derselben Form wie in Österreich vorgesehen ist. Sie arbeitet seit über 40 Jahren in der Fischverarbeitung – zu Leó Seafood ist sie im Gründungsjahr 2001 gewechselt, wegen der besseren Arbeitsbedingungen durch das Fehlen der sonst üblichen Nachtschicht. Anfangs war sie an einer Maschine tätig, derzeit schneidet sie händisch Fisch. Als Mitglied hat



Ragnheiður Sigurkarlsdóttir, gewerkschaftliche Vertrauensperson und seit Unternehmensgründung bei Leó Seafood: „Jede Arbeiterin, jeder Arbeiter hier ist bei der Gewerkschaft."

Ragnheiður von den Leistungen der Gewerkschaft profitiert, etwa einer Qualifikation zur Staplerfahrerin, die durch die Organisation finanziert wurde und die ihr zu einem breiteren Aufgabengebiet verhalf. Zur Vertrauensperson wurde sie vor drei Jahren gewählt. Warum sie das werden wollte? Ragnheiður denkt kurz nach. „Gewerkschaftliche Vertrauensperson ist nicht etwas, das man werden will", sagt sie ernst. „Sondern etwas, das man sein muss." Der Aufwand für die Auseinandersetzung mit arbeitsrechtlichen Problemen würde sich bei Leó Seafood aber in engen Grenzen halten.

„Gewerkschaftliche Vertrauensperson ist nicht etwas, das man werden will, sondern etwas, das man sein muss."

Ragnheiður Sigurkarlsdóttir, Gewerkschafterin

Die Belegschaft kommt aus Polen, Litauen, Rumänien, Slowenien und Portugal; die Mehrheit ist weiblich. Im Produktionsbereich sind hier isländische Männer fast Exoten, und zu ihnen zählt Gabriel Kárason. Gabriel ist seit einem Jahr bei Leó Seafood, wo er den Gabelstapler im Kühlhaus fährt. Die davor gesammelten Arbeitserfahrungen waren sehr vielfältig – „hier und dort und überall". Im Alter von 13 oder 14 Jahren hat er als Pizzabäcker begonnen, später in ganz Island nach Wasser gebohrt, war Schweißer und Automechaniker. Sein aktuelles Arbeitsverhältnis sei angenehm und reibungslos, doch welche Probleme habe er früher gehabt? „Alle nur erdenklichen." In einer Anstellung sei er monatelang nicht entlohnt worden, da das Unternehmen zahlungsunfähig geworden war. In einer anderen wurde ihm das Urlaubsgeld vorenthalten, der Arbeitgeber war nicht mehr für ihn erreichbar. Die Gewerkschaft musste einschreiten, damit Gabriel zu seinem Recht kommen konnte.

Von einem, der auszog …

Die Rechte und das Einkommen von Arbeitnehmer:innen können also auch in Island durchaus ein Problemfeld sein. Doch warum scheint dann gerade in einem unter internationalem Konkurrenzdruck stehenden Unternehmen, das in kalten Hallen Fisch zerlegt und verpackt, jede Person Zufriedenheit mit ihrem Arbeitsplatz auszustrahlen? „Das war schon bei der Gründung von Leó Seafood der Leitgedanke", sagt Bjarni Þór Georgsson. Heute Fotograf, hat er in der Vergangenheit selbst Erfahrungen mit der Fischverarbeitung gesammelt – nämlich in einem Betrieb, den der spätere Gründer von Leó Seafood im Jahr 2001 verlassen sollte, um ein Unternehmen nach seinen Vorstellungen aufzubauen. Das tat er, gemeinsam mit weiteren Beschäftigten, wie der ebenfalls dort arbeitenden Mutter von Bjarni Þór oder auch der heutigen gewerkschaftlichen Vertrauensperson Ragnheiður. Und es ist ihm geglückt.

„Diese Firma sollte ein familiärer Ort werden, an dem alle Beteiligten auf Augenhöhe sind und sich wohl fühlen", erinnert sich Bjarni Þór, „und wenn ich heute darauf blicke, hat sich der Vorsatz offenbar eingelöst." Gunnar Páll, der Projektleiter, bekräftigt: „Unser Anspruch ist, dass unsere Leute ihr ganzes Berufsleben hier verbringen können – zufrieden und ohne von der Arbeit in Mitleidenschaft gezogen zu werden." Dass der Kostenfaktor Arbeit letztlich auch ein Erfolgsfaktor ist, daran erinnert Maria Wiktoria von der Qualitätskontrolle am Leuchttisch: „Sicherheit, Gesundheit … und gutes Einkommen. Das ist es letztlich, weshalb wir alle hier sind." ◗

Von der Regierung kommen nur leere Worte

RENATE ANDERL
AK-PRÄSIDENTIN

© ÖGB

Arbeitnehmer:innen und Konsument:innen kämpfen seit Monaten mit den steigenden Energiepreisen. Ein Ende ist nicht in Sicht, denn der schreckliche Krieg in der Ukraine macht Energie noch teurer. Auch auf dem Wohnungsmarkt läuft schon lange einiges schief, und im April werden die Richtwert- und Kategoriemieten wieder kräftig erhöht. Mehr als eine Million Mieter:innen müssen dann insgesamt rund 140 Millionen Euro mehr an Miete im Jahr zahlen. Auch die Corona-Krise hat noch Nachwirkungen, viele Menschen haben Einkommenseinbußen, weil sie ihre Jobs verloren haben oder über Monate in Kurzarbeit waren. Wohin man blickt – die Last für die Menschen ist erdrückend.

Wie reagiert die Bundesregierung darauf, dass das Leben immer teurer wird? Denkt der Kanzler darüber nach, das vorhandene Vermögen gerechter zu verteilen und so die Menschen zu entlasten? Immerhin haben sich die Vermögen der zehn Reichsten im Land in den beiden Corona-Krisenjahren um 30 Prozent vergrößert. Das reichste Prozent besitzt fast 40 Prozent des gesamten Nettovermögens – die Hälfte der Bevölkerung hat hingegen kaum nennenswertes privates Vermögen und kann auf kein finanzielles Polster zurückgreifen. Denkt die Regierung daran, armutsbekämpfende Instrumente des Sozialstaates auszubauen – etwa Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Ausgleichszulage, Sozialhilfe oder Mindestsicherung? Oder arbeitet jemand in der Bundesregierung – zum Beispiel die Frauenministerin – daran, Frauen nach den Rückschritten, die sie in der Krise erleiden mussten, wieder voranzubringen? Wird der eigentlich schon geplante Rechtsanspruch auf Kinderbetreuungsplätze ab dem ersten Lebensjahr jetzt umgesetzt, um die Chancen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen? Nichts dergleichen hören wir. Stattdessen lädt die Bundesregierung Energieversorgungsunternehmen zu einem Gipfel über steigende Preise ein und stellt die Erhöhung des Budgets für das Bundesheer in den Raum.

Für immer mehr Menschen ist die finanzielle Last erdrückend. Es gibt aber gute Lösungen, die zielgerichtet helfen und schnell umsetzbar sind: Energiepreisdeckel, befristete Senkung der Mehrwertsteuer auf Energie, höhere Sozialleistungen und einiges mehr. Um die Menschen zu entlasten, braucht es nur eine einzige Sache – nicht mehr: den politischen Willen der Bundesregierung, den Menschen in dieser schwierigen Zeit rasch und nachhaltig zu helfen. Das ist alles. ◗

ÖGB VERLAG

www.oegbverlag.at

Versandkostenfrei ab 30 Euro Bestellwert!

shop.oegbverlag.at

Aktuelle Bücher aus dem ÖGB-Verlag

Buch | e-book

Sozialleistungen im Überblick 2022

Lexikon der Ansprüche und Leistungen

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (Hrsg.)

Ratgeber |488 Seiten | 2022 | EUR 29,90
ISBN 978-3-99046-604-9

Dieser jährlich aktualisierte Ratgeber bietet allen Interessierten einen einfachen Zugang zu den wichtigsten Informationen über die zentralen Sozialleistungen in Österreich: von der Familienbeihilfe bis zur Alterspension, von der Rechtsgrundlage und Finanzierung der jeweiligen Leistungen bis hin zu Anspruchsvoraussetzungen und praktischen Hinweisen zur Antragstellung. Das Buch zeichnet sich durch eine klare Gliederung und die Kombination von Leistungsbeschreibung und sozialpolitischer Zusatzinformation aus. Die Gliederung orientiert sich an den typischen Lebenssituationen, in denen Sozialleistungen regelmäßig in Anspruch genommen werden:

Mobile Soziale Arbeit im öffentlichen Raum

Haltungen, Ansätze und Herausforderungen

Sucht- und Drogenkoordination Wien gem. GmbH (Hrsg.)

Varia | 2022 | 340 Seiten | EUR 24,90
ISBN 978-3-99046-617-9

In Wien wird seit dem Jahr 2005 auf ein Konzept der Mobilen Soziale Arbeit im öffentlichen Raum mit situativ reflexiver Parteilichkeit und einem starken Fokus auf multiprofessionelle Kooperationen gesetzt. In diesem Buch beleuchten Expert*innen unterschiedlicher Fachrichtungen die Entstehungsgeschichte und Besonderheiten des Wiener Modells der Mobilen Sozialen Arbeit im öffentlichen Raum. Dabei erläutern sie die Rahmenbedingungen und Herausforderungen einer modernen, wachsenden Stadt – speziell auch in Bezug auf Diversität und Menschenrechte – auf die in der täglichen Arbeit Rücksicht genommen wird. Darüber hinaus wird auch auf das Thema Sicherheit im öffentlichen Raum und wie es mitunter in der medial-politischen Darstellung missbraucht wird, eingegangen.

Gratisversand in Österreich ab einem Bestellwert von 30 Euro **Hier bestellen: shop.oegbverlag.at**

Ein gutes Leben für alle.

Wir arbeiten am Sozialstaat von morgen.

AKWIEN.AT/SOMUSSSOZIALSTAAT

AK WIEN

#SOMUSS SOZIALSTAAT

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können,
teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls
die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl Ort

AW

Österreichische Post AG MZ 02Z031759 M, ÖGB-Verlag, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien